

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse Nr. 14, I.
Telephonruf 5044.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 15 Pfg.,
von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene Petitzelle oder deren Raum be-
rechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten
der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher ge-
leistete Bezahlung angenommen.

Nr. 11.

Sonnabend, den 17. März 1906.

10. Jahrgang.

Zur Beachtung!

Vom 27. März ab sind alle Sendungen an die Verbandsleitung, den Kassierer sowie die Redaktion nach Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV. rechts, Volkshaus, zu richten. Das Bureau des Zentralverbandes der Steinarbeiter wird von der Großen Fleischergasse nach dem Volkshaus, Zeitzer Straße 32, verlegt.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

- Greifswald.** Nach hier ist Bezug streng fernzuhalten.
- Ohltdorf.** 15 Steinmehlen befinden sich im Streik.
- Kleinhenndorf-Krippen.** Bezug nach hier ist zu meiden.
- Bad-Dürkheim.** Platz Gebr. Fideisen gesperrt.
- Bangen.** Bei der Firma Moritz u. Max Zentler erhielten sämtliche Pfistersteinbauer ihre Kündigung.
- Lindenfels, Bedenkirchen, Elmshausen und Bensheim.** Die Aussperrung der 192 Verbandsmitglieder bei der Firma Kreuzer u. Höhringer dauert fort.
- Gohmannsdorf.** Die Sperre über die Firma Main-Sandsteinwerke ist aufgehoben. Die Entlassenen wurden wieder eingestellt.
- Madweiler (Unterelsaß).** Sämtliche organisierte Kollegen von Madweiler und Umgebung sind ausgesperrt.
- Wöbzin bei Halle.** Der Werkführer Georg Bauer hat acht Verbandsmitglieder entlassen. Unter den Entlassenen befindet sich auch der Vertrauensmann. Wahrscheinlich sucht nun Herr Bauer in Niederbayern, so aus Weiten, Egg, Blumberg usw., neue Arbeitskräfte heranzuziehen. Es ist Pflicht jedes Granitarbeiters, eventuelle Arbeitsangebote zu ignorieren.
- Heigenbrücken.** Der Platz der Firma Vetter ist wegen Lohn-differenzen gesperrt.
- Berbersdorf-Rohwein.** Der Steinbruchbesitzer Herze beliebt die Methode, die an der Spitze stehenden Kollegen der Ortsverwaltung zu entlassen. Der Bruch ist gesperrt und eventuelle Arbeitsangebote sind zu ignorieren.
- Ulm.** Arbeitsangebote nach hier sind zurückzuweisen. In Herrlingen bei Ulm sind die Kollegen, nachdem sie wegen der Bitterung aussetzen mußten, nicht wieder eingestellt — weil der Lohn zu hoch war. Steinmehlen sollen durch Inserate herbeigeht werden. Also Vorsicht! Name der Firma: Werkmeister Sackler, Neubureau Wieland.
- Jena.** Bei der Firma Conradus legten sämtliche Kollegen die Arbeit nieder, da die Firma es ablehnte, mit den Verbandsmitgliedern einen Tarifvertrag abzuschließen.
- Gelsbach am Main.** Am 5. März traten die Kollegen bei der Firma Main-Sandsteinwerke in den Streik. Nach bloß zweitägiger Dauer errangen wir einen vollen Erfolg (siehe Artikel).
- Osnaabrück.** Wegen Lohn-differenzen kündigten sämtliche Kollegen der Firma Steinhauer. Die Firma lehnte jede angebotene Verhandlung ab. Bezug ist fernzuhalten.
- Strahburg i. Elb.** Platz Dree ist gesperrt.
- Ludwigshafen a. Rhein.** Die Firma Karl Kappler ist gesperrt.
- Heppenheim im Odenwald.** Für Heppenheim und Umgebung wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.
- Regensburg.** Bei der Firma Hirschmann wurden 3 Mann gemäßregelt. Sie begingen das Verbrechen, einen Tarif einzureichen.
- Basel (Schweiz).** Bezug von Granit und Marmorarbeitern nach hier ist streng fernzuhalten.
- Brüg (Böhmen).** Die Steinmehlen bei der Firma F. R. Burghardt sind am 12. März in den Ausstand getreten.

Da jetzt schon sehr viele Lohnbewegungen im Gange sind, machen wir darauf aufmerksam, daß Streiks nur mit Zustimmung des Zentralverbandes beschlossen werden können. Wird ohne Genehmigung des Zentralverbandes trotzdem ein Streik beschlossen, so wird jede finanzielle Unterstützung strengstens verweigert. Wir verweisen die Verbandsmitglieder deshalb wiederholt darauf, die statutarischen Bestimmungen auch dementsprechend innezuhalten.

Auf zu neuer, rastloser Arbeit!

Der Winter mit seinen trotzigen Gebärden geht seinem Ende entgegen; wenige Tage noch und der Frühling hält in der Natur seinen Einzug. Schnee und Eis schmelzen unter den Strahlen der Frühlingssonne, und neues Leben erwacht in der Natur. Ja, neues Leben erwacht, und neues Hoffen entsteht auch in der Menschheit. Zwar weiß die arbeitende Klasse, daß mit dem Beginn des Frühling für sie nicht eine Periode eintritt, wo nun mit einem Schlage die ganze soziale Lage eine Besserung erfährt. Nein, die Hoffnung auf bessere Beschäftigung, auf eine gute Konjunktur ist es, die der Arbeiterschaft immer vor Augen schwebt. Hunderte, ja Tausende von Berufskollegen, besonders in der Sandsteinbranche, waren in den Wintermonaten arbeitslos und somit ohne jeglichen Verdienst. Die Unternehmer fühlen sich in solchen Zeiten so recht als Herren der Situation und nützen ihre wirtschaftliche Macht in der rückwärtslosesten Weise aus. Diese Herren, die sonst nicht genügend ihre Arbeiterfreundlichkeit, ihren Patriotismus in der Öffentlichkeit breitstreuen lassen können, gehen in der schamlosesten Weise vor, wenn es gilt, die Rechte der Arbeiter mit Füßen zu treten. Und

so sehen wir, daß unsere Verbandskollegen an den verschiedensten Orten im Winter mit aller Macht die Unternehmerrubritäten abwehren müssen.

Kollegen! Jetzt, nachdem im allgemeinen die Konjunktur zu steigen beginnt, ist es an uns, alles daran zu setzen, Tausende neuer Mitglieder dem Verbands zuzuführen.

Wir leben in einer ernsten Zeit. Mit immer größerer Klarheit treten die wirtschaftlichen Interessensgegensätze zutage.

Neben dem enormen Reichtum einiger weniger steht das nackte Elend des weitaus größten Teils der unteren Volksmassen.

Fülle und Ueberfluß auf der einen, Not und Entbehrung auf der andern Seite! Die Lasten für den Arbeiter werden immer drückender. Infolge der am 1. März d. J. in Kraft getretenen, die Massen auspozierenden Zoll- und Steuerpolitik steigen die Ausgaben, verschlechtert sich die Lebenslage.

Im deutschen Reichstage zeigen sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien bewilligungslustiger als je; neue Steuern und immer wieder neue Steuern werden der großen Volksmasse, der Arbeiterschaft, auferlegt. Jeder Arbeiter hat sich um diese Dinge zu kümmern; es geht ja immer an seinen schon so recht mageren Geldbeutel.

Hand in Hand damit geht die politische Entrechtung der Arbeiterklasse. Fortgesetzt drängt das scharfmacherische Unternehmertum nach Verschlechterung des Wahlrechts zu den parlamentarischen Körperschaften und weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen, wie nahezu gänzliche Aufhebung des Koalitions-, Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechts.

Kampf ist die Signatur der Zeit!

Darum drängt alles nach Organisation! Der einzelne ist nichts, erst im Zusammenschluß liegen die Wurzeln unsrer Kraft!

Das Bedürfnis, menschenwürdig zu leben, sich und seine Familie ausreichend zu nähren und zu kleiden, die steigenden Verpflichtungen gegenüber Staat und Gemeinde, die immerfort steigenden Preise für Lebensmittel und Wohnungsmiete usw. — alles das verpflichtet den Arbeiter, nach Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse im allgemeinen zu drängen.

Das Unternehmertum, ganz gleich, ob Großkapitalist oder Kleinmeister, hat dementsgegen ein Interesse daran, recht billig zu produzieren, um einen möglichst hohen Profit herauszuschlagen.

Je reiner die Scheidung in den Interessen- und Klassengegensätzen, um so offener der Kampf, um so eher die Möglichkeit des Erfolges für die organisierten Kollegen.

Die freien Gewerkschaften, das allein sind für uns die Schutzwehren, hinter denen wir unsre Kräfte sammeln, um zu gelegener Zeit für unsre Interessen, die sich decken mit denen der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft, im offenen Kampf Felde zu wirken.

Wir stellen die Frage, warum habt ihr euch eurer Berufsorganisation noch nicht angeschlossen, warum stellt ihr euch noch immer abseits?

So schreckhaft ist doch kein Steinarbeiter, daß er auf die Unternehmung hört: „Das sind ja Sozialdemokraten, die euch eure Vaterlandsliebe, euren Glauben und sonst noch was rauben wollen.“

Wir fragen bei der Aufnahme nicht nach einem politischen oder religiösen Glaubensbekenntnis, noch spielt die Nationalität irgendeine Rolle bei uns, sondern jeder Kollege ist uns willkommen, sofern er nur den guten Willen zeigt, für die Bessergestaltung unsrer Lebenslage zu wirken.

Der Steinarbeiterverband hat im Jahre 1905 sehr schöne Fortschritte aufzuweisen. Ueber **hundert** Zahlstellen wurden gegründet, etwa **6000** Mitglieder dem Verbands neu zugeführt. Durch eine äußerst nachhaltige Agitation konnte dieser glänzende Fortschritt erzielt werden. Der Steinarbeiterverband ist in die schwärzesten Gebietssteile eingedrungen, und was vor Jahren schier unmöglich schien, wurde 1905 in die Tat umgesetzt.

Die **Christlichen**, welche uns in der niederträchtigsten, verlogenen Weise bekämpften, haben überall Schiffbruch erlitten, ihre elende Handlungsweise hat sich selbst gerichtet.

Das verfloßene Jahr wurde unsererseits nicht nur zur rastlosen Werbung von Mitgliedern benützt, sondern die Verbandsmitglieder hatten auch Kampf auf Kampf zu bestehen. Und das Resultat: von 47 Streiks wurden 45 zu unsern vollen Gunsten erledigt. Wir werden in Kürze, wenn der gedruckte Rechenschaftsbericht vorliegt, zahlengemäß die errungenen Vorteile an dieser Stelle darlegen. Die Ausgabe für diese Kämpfe betrug die erkleckliche Summe von **100 493.98 M.** Und trotz dieser horrenden Summe bloß für Streiks ist das Verbandsvermögen noch beträchtlich gestiegen.

Wir können aber mit diesen Erfolgen noch nicht zufrieden sein.

Beim Eintritt ins Frühjahr muß es bei allen Verbandskollegen heißen: Auf, zu intensiver Agitation! Neue Steinbruchgebiete müssen dem Steinarbeiterverband erschlossen werden. Die Eroberung der Steinbruchgebiete muß in Zukunft unsere Hauptaufgabe sein. Bei einer geschickt eingeleiteten Agitation ist es nicht schwer, die oft recht von der Welt abgetrennten Kollegen in den Steinbruchgebieten für unsern Verband zu gewinnen.

Insbefondere erwacht den **Gauleitungen** die Pflicht, in die Agitation mit Hochdruck einzutreten. Zu diesem Zwecke haben die Zahlstellen die unbedingte Verpflichtung, die Gauleitungen möglichst zu unterstützen. Für die einzelnen größeren Steinbruchgebiete sind kurz gehaltene padende Flugblätter zu schreiben, an Stoff hierzu fehlt es sicherlich nicht.

Noch eine andre Frage drängt sich unsern Kollegen in den ländlichen Gegenden auf, nämlich die **Saalfrage**.

Schon wiederholt wurde uns gemeldet, daß sich die Herren Gasthofsbesitzer da und dort weigern, den Steinarbeitern zu Versammlungszwecken ihre Säle zur Verfügung zu stellen. Auch hier müssen unsere Kollegen in Zukunft eine andre Taktik einschlagen. Mit solchen Gastwirten, die die Kollegen sonst in ihren Lokalitäten sehr gerne sehen, muß **Fraktur** gesprochen werden, wenn sie sich auch fernerhin weigern, unsern Wünschen entgegenzukommen.

Die Saalfrage ist in einzelnen Steinbruchgebieten für manche Zahlstelle zur Lebensfrage geworden. Wenn die Kriegervereiner, die Konservativen, die Nationalliberalen und wie der andre **Wahnsinn** der bürgerlichen Parteien noch heißt, überall ungehindert tagen können, so müssen es die Arbeiter als einen Faustschlag ins Gesicht betrachten, wenn man ihnen das Abhalten von Versammlungen unmöglich macht. Viele Gastwirte liefern in die Steinbruchkantinen Bier und Schwaren, und so muß es ein Leichtes sein, die Herren zur **Raison** zu bringen. Wo alle gütigen Vorstellungen nichts fruchten, ist zum **Boytott** zu greifen. Durch Anwendung dieses Mittels kommen die Herren Saalbesitzer **am ehesten zur Befinnung**, daß sich die Arbeiter nicht immer auf dem Rücken herumtrampeln lassen.

Die Unternehmer zeigen immer bei schleppendem Geschäftsgang die Neigung, die Tarife zu reduzieren; diesen Unternehmerpraktiken ist ebenfalls entschieden entgegenzutreten. Tarife sind geschaffen, daß sie eingehalten werden. Jeder Kollege hat die strengste Verpflichtung, für die strikte Innehaltung Sorge zu tragen.

Der gegenwärtigen Periode geschäftlichen Aufschwungs wird nach den Besetzen der kapitalistischen Wirtschaft ein Rückschlag folgen, wo Handel und Wandel stockt, wo eine starke Verminderung der Arbeitsgelegenheit eintreten wird. Diese Periode des Rückschlags wird das Unternehmertum zu seiner **Erntezeit** machen wollen. Das können wir nur verhindern, wenn wir die gegenwärtige Prosperitätsperiode, die erfahrungsgemäß auch der Gewinnung neuer Mitglieder günstig ist, bis zur Grenze der Möglichkeit ausnützen.

Auch in den 2½ Monaten dieses Jahres haben wir schon manch schönen Fortschritt errungen. Es konnten schon folgende Zahlstellen gegründet werden: Kirchenlamitz, Wildemann (Harz), Altleinungen, Königslutter, Frankenstein, Düsseldorf II, Breslau II, Bonn a. Rh., Nach bei Alzen, Zell am Ebersberge, Ruppertsdorf, Friedenhausen, Metten (Bayrischer Wald).

In vorgenannten Orten kommen weit über 400 Verbandsmitglieder in Frage. Soeben kommt weiter die Kunde, daß für die Steinmehlen von Heppenheim, Kirchhausen, Sonderbach und Umgebung ein annehmbarer Tarifvertrag zum Abschluß gelangte. Die in Frage kommenden Steinmehlenmeister des Odenwalds sind wohl durch den Streik in Kappelrodeck etwas kuriert worden.

Auch unser Fachorgan, der Steinarbeiter, steigt in seiner Auflageziffer von Woche zu Woche. Für diese Nummer beträgt die Auflage **19 500**, und bis zum Verbandstage wird sie wohl 20 000 erreichen. Jeder Kollege wird sich sicherlich über solche Fortschritte freuen.

Der Verbandsstag steht vor der Tür, die Delegierten sind gewählt, im Fachblatte wurde von der weitesten Diskussion Gebrauch gemacht, so daß über die wichtigsten Fragen, wir dürfen sagen, volle Klarheit herrscht. Und so können wir erwarten, daß in Nürnberg ganze Arbeit gemacht wird. Wir haben an unsrer Organisation lange genug herumgedokktert, ohne Fortschritte zu erzielen. Erst die Erfolge anderer Gewerkschaften haben uns gezeigt, daß es auch bei uns nicht unmöglich ist, vorwärts zu kommen, wenn wir eine etwas großzügige Gewerkschaftspolitik einschlagen.

Die gemachten Erfolge müssen uns zu neuer Arbeit anspornen. Darum drauf und dran, es ist keine Zeit zu verlieren.

anerkannt, ebenso die Einlassung der Beiträge auf dem Werkplatz.

6. Anerkennung einer dreigliedrigen Kommission (Arbeiter- auskunft), welche durch die Kollegen gewählt und alle Lohn- differenzen usw. zu regeln hat.

Dem schneidigen Auftreten des Herrn Werkführers Leschner wurde unfernt ein mächtiger Dampf aufgesetzt. Die Zeiten sind im gesamten Maingebiet vorüber, daß sich die Steinarbeiter alles gefallen lassen. In allen Winkeln ist der Steinarbeiterverband vertreten und wir repräsentieren eine nicht mehr zu unterschätzende Macht.

Dieser Erfolg, den wir im Ebeltsbach aufweisen können, muß ein Ansporn sein für das ganze Maintal, die Rigorositäten der Unternehmer energisch zurückzuweisen.

Zugute kommt den Steinarbeitern weiter der äußerst flotte Geschäftsgang, und trotzdem sind die Löhne so niedrig, daß dieselben aller Beschreibung spotten. Auch bezüglich der Bundesratsverordnung muß noch eine bedeutende Besserung eintreten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir machen darauf aufmerksam, daß im Monat April jedes Mitglied die Delegiertenmarke für das Jahr 1906 zu haben hat. Kollegen, die während dieser Zeit außer Arbeit sind, haben die Marke später nachzulassen.

Zahlstellen, die nicht mehr genügend Delegiertenmarken am Orte haben, mögen diese rechtzeitig nachbestellen.

Wegen des am 2. April beginnenden Verbandstages in Nürnberg müssen wir unseren Umzug in das neue Volkshaus noch vor dem 1. April bewerkstelligen. Wir ersuchen daher alle Zahlstellenleiter, zum Quartalsabschluss ihre Geldsendungen und Bestellungen von Material acht Tage früher anzugeben. Alle nach dem 25. März eingehenden Bestellungen können erst nach dem Verbandstag berücksichtigt werden.

Gleichzeitig wollen wir darauf hinweisen, daß neues Markenmaterial nur dann versandt wird, wenn der Betrag für die vorhergehende Lieferung bei uns eingegangen ist.

Die in Nr. 9 des Steinarbeiter ausgeschrieben Stichwahl im 20. Wahlkreis (1 Delegierter) zeitigte folgendes Resultat. Abgegebene Stimmen: Starke-Mebra 59, Häppler-Leipzig 69. Gewählt: Häppler.

Im 4. Wahlkreis (3 Delegierte) ist durch ein Versehen unsererseits das Stimmenverhältnis nicht richtig angeführt, das Resultat der Wahl bleibt dasselbe wie in Nr. 9 angegeben. Stimmen erhielten: Schiller 640, Kaufmann 482, Rieger 484, Vaudach 265, Hauke 145.

Im 14. Wahlkreis (3 Delegierte) muß es heißen: Gewählt: Schulz, Rappor und Hamann.

32. Wahlkreis (1 Delegierter) ist das Wahlergebnis ein anderes. Das Wahlprotokoll der Zahlstelle Wiesbaden scheint durch die Post verloren gegangen zu sein. Nachdem die Zahlstelle nochmals ein Protokoll ausfertigt, ist das Ergebnis folgendes. Abgegebene Stimmen:

	Mainz	Erler	Wiesbaden	Summa
Unglauben	33	2	1	= 36
Sarholz	1	19	30	= 50

Gewählt: Sarholz.

Nachstehende Wahlkreise waren in Nummer 9 mit: Nicht gewählt, angeführt. Die Protokolle sind erst nachträglich eingegangen.

41. Wahlkreis (2 Delegierte). Abgegebene Stimmen: Armbruster-Strasburg 173, Waldhardt-Strasburg 156, Strauß-Strasburg 60. Gewählt: Armbruster, Waldhardt.

50. Wahlkreis (1 Delegierter). Abgegebene Stimmen: Sänger-Rirschach 69, Steyer-Ebeltsba 43. Gewählt: Sänger.

Es sind noch eine Anzahl Wahlprotokolle eingegangen, welche jedoch an den in Nummer 9 des Steinarbeiters bekannt gegebenen Resultaten nichts ändern. Von einer Verjüngung wird deshalb abgesehen. Die bis jetzt eingelaufenen Wahlprotokolle sind eingehend geprüft; um Neuwahlen vorzunehmen, sind diese jedoch nicht reichhaltig genug. Die endgültige Entscheidung hierüber überlassen wir dem Verbandstag.

Da wir erst nach dem Verbandstage wieder neues Material anschaffen wollen, um etwaige Abänderungen berücksichtigen zu können, ersuchen wir die Kassierer, dort, wo keine B-Liste beiliegt, diese im Bedarfsfalle durch ein selbstgeschriebenes Formular zu ersetzen. In der B-Liste sind einzutragen alle im laufenden Quartal neu eintretenden und zugereisten Mitglieder unter Berücksichtigung folgender Fragen:

Orts-Nummer	Geb.-Nummer	Geburts-Ort	Zu- u. Vorname	Gewerbe	Geburts-		Datum	Ein-	Zahl der	ge- rechtig-
					Jahr	Tag				
					und	des	Ein-	tritts-	ge-	rechtig-
					Tag	des	tritts-	tritts-	ten den	rechtig-
									ten den	rechtig-
									ten den	rechtig-
									ten den	rechtig-
									ten den	rechtig-
									ten den	rechtig-
									ten den	rechtig-

Mit Nr. 11 des Fachblattes wurden die Quartalsabrechnungsformulare mit versandt. Es werden alle Zeitungsverbreiter ersucht, diese sofort an die Kassierer abzuliefern.

Korrespondenzen.

Menz. Am 3. März fand eine sehr gut besuchte Stein- arbeiterversammlung statt. Es handelte sich um die Maßregelung des Kollegen Geld. Kollege Geld teilte mit, daß am 22. Februar ein Lohnzettel ausgefertigt und sämtlichen Arbeitgebern von Menz zugestellt wurde. Alle Arbeitgeber haben ihren Lohnzettel erhalten, bloß Herr Brigiis sagte, er hätte nichts empfangen. Daraufhin beschloß die Lohnkommission, Herrn Brigiis den Lohnzettel durch den ersten Vorsitzenden Geld persönlich zu übergeben, denn, hatte Brigiis gesagt, bei einem eingeschriebenen Brief könne auch das Kubert leer sein. Bei Liebergabe des Tarifs an Herrn Brigiis wurde Kollegen Geld Feierabend gegeben. Weiter referierte Kollege Arnold über unsere Lohnbewegung. Während der Versammlung lief eine Resolution ein, welche einstimmig angenommen wurde, mit folgendem Wortlaut: „Die Versammlung weiß das Vorgehen des Herrn Brigiis entschieden zurück und erklärt sich mit dem Verhalten des 1. Vorsitzenden völlig einverstanden.“ Mit der Mahnung, fest und treu zusammenzuhaltten, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Baumholzer. Am 4. d. M. fand im Gasthause zum goldner Engel eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, zu der Kollege Arnold aus Mannheim das Referat übernommen hatte. Derselbe gab einen klaren Ueberblick über die heutige wirtschaftliche Lage der Arbeiter und deren Forderung durch die Organisation und forderte zum Schlusse alle Kollegen auf, sich dem Verbandsamt anzuschließen. Ferner ging Redner auf das Vorgehen des hiesigen Bürgermeisters ein, welcher uns nicht nur das Lokal zu hintertreiben suchte, sondern auch noch unsern Arbeitgeber dazu zu bestimmen suchte, alle organisierten Arbeiter zu ent-

lassen; denn es wäre eine Schande für ihn, wenn bei einer Wahl sozialdemokratische Stimmen abgegeben würden. Auch ein hiesiger Geistlicher erklärte von der Kanzel herunter, seine Gläubigen möchten nicht in die Versammlung gehen. Wir glauben, dieser Herr täte gut, das Wohl seiner Gemeinde auf andre Weise zu fördern, als Uneinigkeit zu stiften. Zum Punkt Verschidene wurden noch die Arbeitsverhältnisse auf dem Starfels besprochen. Die Kollegen werden mit 20—25 Pfg. Stundenlohn abgespeist und trotzdem stehen gerade diese Leute unserm Verbandsamt noch fern. Mit einem Hoch auf den Deutschen Steinarbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin I. Am 21. Februar tagte eine von circa 200 Kollegen besuchte Mitgliederversammlung der Steinarbeiter von Berlin I im Englischen Garten. Aus dem vom Gesellenauskunft gegebenen Bericht über die mit der Innung gepflogenen Tarifverhandlungen geht hervor, daß die Unternehmer unsere prinzipiellen Forderungen: Abschaffung der Affordarbeit, Zulassung eines Verbandsvertreters zu den Tarifverhandlungen und Schluß der Arbeitszeit auf den Werkplätzen um 5 Uhr, strikte ablehnten. Demgegenüber aber folgende Zugeständnisse machten: Erhöhung des Minimalstundenlohnes von 78 auf 80 Pfg., Wiederherstellung des vor zwei Jahren um 10 bis 30 Prozent reduzierten Affordtarifs von 1900, unter Beibehaltung der im jetzt bestehenden Tarif aufgeführten Steinforten. Für die Schriftstauer tritt ebenfalls der Tarif von 1900 wieder in Kraft (pro Buchstabe Granitschrift 25 Pfg.). Auf den Bauten heizbare Unterkunfts- räume, welche genügend groß und mit Eigelageheit versehen sein müssen, wollen die Herren, um sich hier eine Hintertür offen zu halten, nur soweit es die Baupolizeiverordnung vorschreibt (dieses kommt erst bei fünf Mann in Frage) bewilligen. Nach lebhafter Debatte, an der sich auch Kollege Starke-Leipzig beteiligte, wurde schließlich mit großer Mehrheit der Tarif angenommen. Ein Zusatzantrag: Stücke unter einer Mark müssen im Tagelohn angefertigt werden, wurde ebenfalls angenommen.

Hardtheim. Am 3. März und aus wichtigen Gründen am 5. März fanden hier zwei gut besuchte Versammlungen statt. Die Zustände werden hier immer schlechter und das Ausbeutungssystem nimmt immer mehr überhand. Kürzlich wurden drei Kollegen, die vermeintlichen Geber, entlassen, dieselben aber durch gültige Vereinbarung wieder weiter beschäftigt. Jetzt wendet man andre Mittel an, um die Kollegen hinauszujagen. Die Affordpreise wurden so angelegt, daß die Beschäftigten teilweise auf ein Weiterarbeiten verzichten. So kam es, daß fünf Kollegen am 5. März die Arbeit bei der bekannten Kaiser-Steinbruch-Aktiengesellschaft verließen. Nebenbei sei noch erwähnt, daß die Kollegen einen hohen Berg besteigen müssen, um zur Arbeitsstätte zu gelangen, also schon ermüdet sind, wenn sie anfangen zu arbeiten; dabei ist die Lebensweise derartig schlecht, daß der stärkste Mensch sich ruinieren muß. Tagsüber hatten die Kollegen nur kalte Würstchen zu essen, was für unsern schweren Beruf zu wenig ist. Aus diesem Grunde haben sich einige entschlossen, selbst zu kochen. Aber auch dieses wurde ihnen erschwert, indem es vorgekommen ist, daß mehrere Tage kein Wasser vorhanden war, so daß sie ihr Mittagessen mit Bier zubereiten mußten. Man möchte fast meinen, es wäre deswegen, damit viel Bier verbraucht wird, weil der Herr Polier vom Sekoliter einen bestimmten Prozenzfuß erhält und so den Arbeitern das Bier verteuert. Dazu aber noch die manierliche Aeußerung: „Wer brav ist, kann dableiben.“ Wir glauben, daß man hier am Orte etwas vernünftiger mit den Arbeitern umgehen sollte, da es unter derartigen Umständen keine Lust ist, Arbeit anzunehmen. Da es in letzter Zeit dieser Firma nicht gelungen ist, aus Wertheim und Mannheim Steinmehlen hierher zu bekommen, weil dieselben selbst organisiert waren, so benutzte man andre Mittel: es wurde Bier bezahlt, um die Leute zu gewinnen. Aber alles ist nutzlos, indem die hiesigen Kollegen den Wert des Verbandes der Steinarbeiter kennen lernten und sich nicht mehr, wie es früher üblich war, von jedem Laien irreführen lassen. Diese tröstlos- traurigen Zustände haben wir nur der christlichen Organisation zu verdanken, welche in Höpfingen und Waldbühl ihr Lager aufgeschlagen hat, und deren Mitglieder dort unter den gräßlichsten Umständen und bei schlechten Löhnen arbeiten und stets die Trans- porten der Unternehmer machen. Möchten auch diese Leute einmal ein Zeichen geben, daß sie organisiert sind, nicht um das Kapital zu unterstützen, sondern um die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern.

Heidingsfeld. Am 4. März tagte in Heidingsfeld im Lokale bei Fiedensch der Distriktskonferenz für die Muschelkalk-Stein- arbeiter, welche von Delegierten aus allen Orten gut besucht war. Dieselbe machte sich notwendig, um wieder einmal einen Ueberblick zu gewinnen, wie die gegenwärtige Lage im Muschel- kalkgebiet ist. Anschließend an diese Konferenz fand nachmittags um ¼ 4 Uhr eine Distriktsversammlung statt. Aus allen Orten strömten die Steinarbeiter herbei, selbst die entlegensten Zahl- stellen, wie Rothenburg und Hartdheim, hatten mehrere Vertreter geschickt. Schon um 3 Uhr war der Saal derartig überfüllt, daß die meisten keinen Einlaß mehr fanden und umkehren mußten. Kollege Mittenmaier hielt einen ausgezeichneten Vortrag über kollektive Arbeitsverträge, streifte kurz die Bundesratsverordnung und kam zum Schluß noch auf interne Gaaueigenheiten zu sprechen. Hierauf fand eine kurze, sachliche Diskussion statt, an der sich mehrere Kollegen beteiligten. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung und Absingen der Marseillaise erfolgte um 7 Uhr Schluß der so glänzend verlaufenen Versammlung.

Jena. Die überaus traurigen Lohn- und Arbeitsverhält- nisse, namentlich in dem Granitwerk von G. Conradus, veran- laßte die hiesigen Steinarbeiter am 17. Februar an die Ar- beitgeber heranzutreten, um eine Besserstellung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Während nun Herr Wid- hauer Späthe die Forderung seiner Arbeiter unter den gegen- wärtig wirtschaftlichen Verhältnissen anerkannte und denselben eine Lohnzulage von 5—6 Pfg. pro Stunde bewilligte, so glaubte Herr Conradus es nicht für nötig zu erachten, mit seinen Ar- beitern über die unterbreiteten Forderungen zu verhandeln, tro- dem hier in diesem Betrieb die denkbar niedrigsten Löhne und eine übermäßig lange Arbeitszeit, bis zu 15 Stunden täglich, oft zu verzeichnen war. Da alle Versuche, mit Herrn Conradus die Lohnbewegung auf friedlichem Wege zu regeln, scheiterten, so legten am 5. März alle im Betriebe Beschäftigten die Arbeit nieder. Herr Conradus versuchte nun seinen Betrieb mit den sechs Lehrlingen aufrecht zu erhalten, was wohl für die Dauer nicht durchführbar ist. Ein am 10. März von der Gaauleitung gemachter Versuch, die Differenzen beizulegen, scheiterte an der Gärtnerscheit des Conradus, insolge dessen nunmehr das Ge- meindericht als Einigungsamt angerufen worden ist. Hoffent- lich erscheint Herr Conradus persönlich zu der Verhandlung und läßt sich nicht von seiner Frau vertreten; zeigt er doch sonst in der Behandlungsweise seinen Arbeitern gegenüber hervorragende Eigenschaften, so daß es demselben wohl auch nicht an Mut fehlen wird, die Begründung der Forderungen seiner Arbeiter vor dem Einigungsamt entgegenzunehmen. Zur Situation selbst ist zu berichten, daß der Stand der ausständigen Kollegen ein guter ist, Arbeitswillige von dieser Seite waren nicht zu ver- zeichnen, nur blieb es dem Granithauer Mahnte, der erst vor Weihnachten wegen ganz besonderer Lügigkeit von Conradus entlassen wurde, vorbehalten, seinen kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Hoffentlich kommt Herr Conradus nicht in die Lage, diese Selbstent- scheidung noch besonders belohnen zu müssen, denn der faubere Kollege ist derjenige, der bereits in Gotha das Vertrauen seiner Mitarbeiter in argster Weise mißbrauchte, und dafür seitens der Staatsanwaltschaft in Obhut genommen wurde. Die Granitarbeiter schenken Herrn Conradus diesen Herrn, sind dieselben doch der festen Ueberzeugung, daß derselbe über kurz oder lang für seine bewiesene Treue belohnt und auf das Zuchtstülpchen gesetzt wird. Hierbei sind wohl noch die

Maßnahmen der Unternehmer ganz besonders hervorzuheben. Wenn bei den bisherigen Tarifverhandlungen, welche von den Unternehmern in der Granitbranche abgeschlossen, stets auf die Schmutzfonturuz des Conradus-Jena hingewiesen wurde, so steht demselben trotzdem gegenüber der Schutz des Arbeitgeberver- bands zur Seite und sind bereits schon schwarze Listen aus- gegeben, um dadurch den Arbeitern den Lohnzettel zu erschweren. Die ausständigen Granitarbeiter werden aber troz- dem den Kampf zu Ende führen und erwarten von den Granit- arbeitsmännern allerorts, dieselben zu unterstützen und das Eldorado des Herrn G. Conradus-Jena zu meiden.

Oberbillingshausen. Am 11. d. M. fand hier selbst im Lokale des Herrn Gastwirt Legte eine gut besuchte Steinarbeiterver- sammlung statt. Es wurde beschlossen, die Forderungen am 13. d. M. einzureichen und bis zum 25. d. M. Antwort zu er- warten. Gefordert werden pro Stunde 34 Pfg., bisher gab es ganze 26 Pfg. Ein Duplikat der Forderung wurde sofort an die Hauptleitung abgehandelt. Dann sprach Genosse Kohl-Göttingen über das Thema: „Warum organisieren wir uns?“ Er führte den Kollegen mit trefflichen Worten vor Augen, wie sich unsere Organisation entwickelt hat und wie nur durch sie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen sind. Er kam dann auf die Heimarbeits-Ausstellung zu sprechen und führte hierbei den Kol- legen den krassen Unterschied zwischen Kapital und Arbeiter vor Augen. Im Punkt Verschidene erwähnte Kollege Fahlbusch die Mitglieder, ihre Beiträge pünktlich zu entrichten, damit auch jeder Kollege, im Falle uns die Arbeitgeber trotz bieten sollten, unterstützungsberechtigt sei. Dann kam man auf unser Nachbar- gebiet Hardegen zu sprechen, wo jedenfalls in kurzer Zeit eine neue Zahlstelle gegründet werden kann. Es kommen wohl 40 Steinbauer und 30 Brecher in Betracht.

Seebergen. Im Herbst vorigen Jahres wurden in Arnstadt die Steinmehlarbeiten zum Neubau einer Schule vergeben, als Mindestfordernden wurde einem Maurermeister aus Arnstadt der Zuschlag erteilt, dessen Angebot ein derartig niedriges war, welches in allen sachmännischen Kreisen Aufsehen erregte. Noch mehr erstaunte man, daß hierbei die Steinmehlen Höfler und Loth aus Seebergen als Unterakkordanten beteiligt waren. In- folge der günstigen Witterungsverhältnisse dieses Winters wur- den die Maurerarbeiten dermaßen gefördert, daß obengenannte Steinmehlen nicht in der Lage waren, die in Auftrag genom- menen Steinmehlarbeiten allein auszuführen und dadurch ge- nötigt wurden, weitere Arbeitskräfte heranzuziehen, unter der Zusicherung, nach dem vereinbarten Tarif zu bezahlen. Nur zu bald sollte sich herausstellen, daß die betr. Steinmehlen nicht in der Lage waren, bei derartig niedrigem Angebote die verein- barten Lohnbedingungen einzuhalten und versuchten sie nun den Tarif zu durchbrechen. Die Folge war, daß am 26. Februar alle Kollegen, die bei Höfler und Loth arbeiteten, die Arbeit nieder- legten. Alle gemachten Versuche, eine Verständigung herbeizu- führen, scheiterten an dem Verhalten der bis jetzt (?) organi- sierten Steinmehlen Höfler und Loth, die jedenfalls schon von dem Unternehmerdünkel erfaßt worden sind und es wurde be- stimmt, die Lage wegen Lohnverforderung einzureichen. Ganz unerklärlich hierbei ist nun das Verhalten der übrigen Unter- nehmer, die in diesem Bezirk den Tarif anerkannt haben; man sollte meinen, es wäre anzuerkennen, wenn durch das Vorgehen der organisierten Kollegen von Seebergen die getroffenen Ver- einbarungen hochgehalten und dadurch die Schmutzfonturuz be- seitigt würde. Leider nehmen die betr. Unternehmer einen an- dern Standpunkt ein und weisen alle Arbeitsangebote der aus- ständigen Kollegen zurück, die Steinarbeiter aber werden auch in allernächster Zeit die Verhältnisse dieser Unternehmer an die Öffentlichkeit bringen. Die organisierten Kollegen allerorts aber werden hieraus die Lehre ziehen, Arbeitsangebote von seiten Höfler und Loth abzulehnen, im weiteren den Distrikt Seebergen solange zu meiden, bis die übrigen ausständigen Kol- legen von den andern Unternehmern eingestellt sind.

Strehlen. In hiesiger Zahlstelle sollte allem Anscheine nach der Verband unmöglich gemacht werden. Das Vorgehen der Firma Schall gegenüber unserm Vertrauensmann ist bekannt. Weil derselbe als Zeuge gegen die Firma auftrat, also vor Gericht unter Eid die Wahrheit sagte, wurde er entlassen. Die Firma dachte sich, daß Bartha entlassen, so geht auch der Verband in die Brüche, denn es ist nicht leicht, am Orte hier sofort wieder eine andre Beschäftigung zu erhalten. Mit dem Vorgehen der Firma Schall befahte sich eine Versammlung der Steinarbeiter am Montag, den 5. März. Weit über 400 Personen waren an- wesend, darunter sehr erfreulicherweise auch viele Frauen. Es handelte sich im richtigen Sinne des Wortes um eine ganz ge- waltige Protestversammlung. Stadtverordneter Schütz-Bres- lau hielt ein glänzendes Referat über die angeblichen Arbeiter- schutzgesetze. Was nützen dieselben der Arbeiterschaft, wenn sie bloß auf dem Papier stehen? Redner ging speziell auf die Amts- gerichtsverhandlung in Strehlen ein (siehe ausführlichen Bericht in der Nummer 8 des Steinarbeiters) und gab sein Erstaunen kund, wie ein Freispruch erfolgen konnte. Genosse Schütz, der in agitatorischer Hinsicht für die hiesigen Steinarbeiter schon sehr viel geleistet hat, ertotete stürmischen Beifall. Zum 2. Punkt: Wie verhalten sich die Kollegen gegenüber dem Vorgehen der Firma Schall? referierte Kollege A. Staudinger-Leipzig. Auch er ging auf oben erwähnte Gerichtsverhandlung ein und kon- statierte, wenn der freisprechende Urteilspruch richtig sei, dann seien eben nach Ansicht des Gerichts die circa 500 Strehlener Steinarbeiter keine Steinarbeiter, vielmehr seien sie Goldgräber die die Firma Schall und fallen somit nicht unter die Bundes- ratsverordnung. Die Firma irrt sich sehr, wenn sie denkt, die Angelegenheit hätte sich mit diesem Urteilspruch erledigt. Bartha wurde zwar entlassen, damit er aber für den Verband nach- drücklicher als bisher eintreten kann, habe die Verbandsleitung beschlossen, ihn als Lokalbeamten sofort anzustellen. Auf einen Schmelzen hatten wir anderthalb zu setzen. Die Zahlstelle Strehlen zählt jetzt 360 Mitglieder, 200 Indifferente können am hiesigen Orte noch gewonnen werden; weiter ist in der Umgebung noch große agitatorische Arbeit zu leisten, so daß sich die An- stellung als rentabel erweisen wird. Die Anwesenden begrüßten die Anstellung des Kollegen B. mit großer Freude. Staudinger betonte noch, vor etwa fünf Monaten, als Bartha das erste Mal gemahregelt wurde, sei er persönlich bei Schall in Breslau ge- wesen. Schall sagte, wenn er Bartha wieder einstelle, dann gehe seine Autorität zum Teufel, das würde ja die Anerkennung des Verbandes sein. Er (Schall) würde gern dem Entlassen eine noch näher zu bestimmende Summe zur Verfügung stellen, damit sich B. selbständig machen könne. Auf eine solche Naivität konnte Staudinger natürlich nicht eingehen, denn es stehe einzig da, daß man einen Hinausgeworfenen noch materiell unterstützen wolle. Würde der Verband auf diese Loslösung eingegangen sein, die Zahlstelle Strehlen wäre selbstredend schon längst wieder von der Wildfläche verschwunden. Ja, Schall ging sogar so weit, nach- dem sein erster Plan scheiterte, dem Verbandsvertreter Staudinger nahe zu legen, ob er die Sache nicht gütlich bei- legen könne; es käme auch hier auf eine Geldsumme nicht an.

Damals wollte man also die Maßregelung mit etlichen blauen Lappen aus der Welt schaffen; dieses gelang selbstredend nicht und B. wurde wieder eingestellt, wenn auch etwas später. Jetzt stehen wir wieder vor der Aufgabe der Maßregelung, und um die starke Zahlstelle im Weiterbestehen nicht zu gefährden, mache sich die Anstellung unbedingt zur Notwendigkeit. Staudinger vermied weiter darauf, daß die Steinarbeiter bei der nächsten Stadtverordnetenwahl alles aufzubieten haben, um die 8. Wählerklasse zu erobern. Dieses durchzuführen, sei am hiesigen Orte nicht schwer. Der Steinbruch, der von Schall aus- gegeben wird, sei flächig und koste die Pachtsumme von 70 100 Mark. Kürzlich habe man, als die Steinbruchsangelegen- heit zur Beratung stand, einen Zuhörer, der Steinarbeiter war, aus dem Sitzungssaale entfernt. Tasse man die Gelegenheit

beim Schopfe und wähle als Stadtverordnete der 3. Klasse nur Arbeitervertreter, dann wird diesen Herren ein solches Auftrien beigegeben. Nach diesen Darlegungen, die mit großem Interesse entgegengenommen wurden, wurde die überaus anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Hingugefügt sei noch, daß diese imposante Versammlung ihren Zweck nicht verfehlt hat, denn schon an anderen Tagen kam der Herr Bürgermeister, der auch unserer Versammlung beiwohnte, in den Steinbruch, dann begab er sich mit Herrn Schall auf das Landratsamt. Den Arbeitern wurde erfreulicherweise folgende Resolution vorgelesen, vor 1 Uhr unter keinen Umständen die Arbeiten zu beginnen. Alle paar Schritte stand ein Wächter, die Steinarbeiter lagen am Munde des Steinbruchs und konnten sich freuen, daß die stattgefundenen Verhandlungen von so nachhaltiger Wirkung war.

Strübel. Durch die gewerkschaftliche Entwicklung hier am Orte ist die Lokalfrage recht brennend geworden. Ueberall werden Fragen gestellt: Wann und wo halten wir eine Versammlung ab? Wir haben es wohl auf eine hübsche Zahl Mitglieder gebracht ohne Lokal, es ist aber nicht von der Hand zu weisen, daß wir Versammlungen abhalten müssen, um den Kollegen ausführender und in größeren Zügen den Wert und Nutzen der Organisation klarzulegen. Daraufhin sind nun Verhandlungen mit Herrn Krügel betr. des Saales gepflogen worden, (bis jetzt resultatlos). Trotzdem die gesamte Arbeiterschaft bei ihm verkehrte, sagte er nur mit kaltem Lächeln: „Meinen Saal gebe ich nicht her.“ Die Kollegen haben sich zwar stets empört, trugen aber und tragen vereinzelt heute noch ihre Grobsten dorthin, trotzdem auf einem Blase einstimmig beschlossen wurde, nicht mehr hinzugehen. Kollegen, diese Weigerung des Wirtes ist ein Schlag ins Gesicht für Euch; hier müßt ihr zeigen, daß Ihr Rückgrat fest und haltet, was beschlossen worden ist; sucht die andern mit fortzureißen, die der Versuchung nicht widerstehen können, damit solche Wirte sehen, daß sie es mit einer geschlossenen Masse zu tun haben. Die Ansichten werden sich dann schon ändern, denn 200—300 Steinarbeiter können einem Gastwirt nicht gleichgültig sein. Es ist einfach empörend, wie wir behandelt werden bezüglich der Saalfrage. Hier heißt es für alle Kollegen, die gefassten Beschlüsse strengstens durchzuführen. Eine weitere Besprechung wird zeitigen, welche Maßnahmen wir wegen der Saalfrage weiter unternehmen müssen.

Weihenstadt im Fichtelgebirge. Bei der Firma Granitwerke Adernmann herrschen noch traurige Verhältnisse. Es ist wohl der Schwarzenbacher Tarif vom Jahrgang 1898 auf dem Werkplatz und im Kontor noch angebracht, bezahlt wird aber nach Belieben. Verlangt ein Kollege sein Recht nach dem Tarif, dann heißt es, ja was, Tarif, es ist nicht höher kalkuliert worden. Die Firma sagt sich nämlich, diejenigen Arbeiter, welche im Besitze eines Hauses sind und ihre Kartoffeln selbst bauen, können schon mit etwas weniger vorlieb nehmen; es sind meistens nur solche Leute im Betriebe. Traurig ist auch noch das mittelalterliche System der Schmiedehämmer. Bei der genannten Firma gibt es einen Schmiech überhaupt nicht, da hat jeder Steinmetz sein Werkzeug selbst zu schärfen. Bei den Schleifern ist es dasselbe. Wäre eine richtige Schmiede am Platze, dann könnte ein jeder seine Schleifeisen selbst machen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß bei derartigen Verhältnissen noch Kollegen dem Verbanne fernstehen. Hoffentlich setzt die Gauleitung nun auch hier mit der Agitation sehr intensiv ein; jetzt wäre gerade die günstigste Gelegenheit. Im Fichtelgebirge ist die Konjunktur äußerst günstig, eine intensive Agitation wäre somit sehr nutzbringend.

Quittung.

Für die ausgesperrten Kollegen im Odenwald sind an freiwilligen Unterstützungen weiter folgende Summen in Bensheim eingegangen:

- Zahlstelle München, durch Karl Oswald . . . 100.— Mk.
- Zahlstelle Berlin I, d. R. Schlembach, 1. Rate 100.— "
- Gesammelt von den Steinmetzen und Bildhauern am Bismarckdenkmal in Hamburg, durch Max Köhler . . . 13.10 "
- Verband d. Steinarb., Bremen I, d. H. Lachs Gewerkschaftsstell. Feldingsfeld, d. M. Stumpf . . . 20.— "
- Zahlstelle Nordlingen, durch Fritz Wiedener . . . 13.80 "
- Zahlstelle Wittweida i. S., d. Joseph Schläger . . . 20.— "
- Gesammelt von den Kollegen in Zell, durch B. Steininger . . . 5.65 "
- Gesammelt von 6 Steinmetzen bei Dittmar, Erfurt, durch Reisinger . . . 4.80 "
- Zahlstelle Randersacker . . . 3.20 "
- Zahlstelle Bunzlau, durch Georg Feintinger . . . 39.70 "
- Berlin I, Unbekannt . . . 4.— "
- Gesammelt v. d. organisierten Steinarbeitern in Berned, durch Fischer . . . 12.25 "
- Von den Steinmetzen Sargwitz, Schleifen, durch Paul Witz . . . 15.— "
- Zahlstelle Dortmund, d. Wilh. Schneider, 2. Rate 12.— "
- Zahlstelle Wunfiedel, durch Fritz Veier . . . 10.— "
- Zahlstelle Schönberg, durch Mathias Häbn . . . 7.70 "

Summa: 430 70 Mk.

Den Spendern sagen wir an dieser Stelle den herzlichsten Dank. Max Hobelsberger, Kassierer, Bensheim (Odenwald), Mannheimer Str. 86.

Rundschau.

Gewerkschaften als Steuerzahler? Der Dolles macht erfindlich. Der sächsische Staat hat viele Schulden. Er hat zwar auch eine Vermögenssteuer, die hat aber die für die Reichen sehr angenehme Eigenschaft, daß sie die großen Vermögen zu sehr schon. Dafür erinnerte man sich aber, daß man hier und da von Lotafonds usw. von Gewerkschaften gelesen hatte, und zog daraus die Nutzenbindung, daß da noch etwas zu holen sei. In diesem Jahre wurden denn auch fast sämtliche Ortsverwaltungen der Gewerkschaften mit der Aufforderung bedacht, über das vorhandene Vermögen zu deklarieren. Der Steuerfiskus will Vermögenssteuer davon erheben, um der sächsischen chronischen Finanzmißere zu steuern. Natürlich ist ohne weiteres klar, daß das ein Versuch mit untauglichen Mitteln an untauglichen Objekten bleiben muß. Die Klassenbestände der Lokalverwaltungen sind kein Vermögen, außerdem gehören sie den Zentralverbänden und können morgen schon nicht mehr vorhanden sein. Selbstverständlich werden die Gewerkschaften sich dieser „Liebe“ des Steuerfiskus zu ihren Mitteln zu erwehren suchen und die höheren Instanzen darüber interpellieren, ob ein solches Verfahren, das immerhin den Reiz der Neuheit haben dürfte, zulässig ist. Was wird man in Sachsen, dem Lande der nach dieser Richtung hin unbegrenzten Möglichkeiten, nicht noch alles versuchen, um den Gewerkschaften das Leben sauer zu machen? Vor längerer Zeit wollte man in Dresden den Gewerkschaften, die Vorträge halten ließen, „Luftfahrtsabgaben“ auferlegen. Man mußte diesen Versuch aber halb wieder aufgeben. Auch das Vermögen des Steinarbeiterverbandes soll einer Besteuerung unterworfen werden. Aber auch hier wird sich der kühnste Steuerfiskus den Mund wischen müssen.

Unterstützung eines Gewerkschaftsfeindes durch die Gewerkschaften, das dürfte sich nicht allzu oft ereignen und ist schließlich wohl auch nur möglich bei den Gewerkschaften, die sich „christliche“ nennen.

Ist da in Köln ein Druckereibesitzer, tätiges Mitglied des Zentrums, außerdem sogar „Verleger des Apostolischen Stuhles“, Theisinger heißt der Mann. Derselbe hatte erfahren, daß einige „seiner“ Arbeiter dem christlichen Buchbinderverbande angehören, und dieselben deshalb kurzweilig zum Tempel — parbon! — zur Fabrik hinaus auf die Straße geworfen. Als dann der Ver-

bandsvorstand deshalb bei dem Fabrikanten vorstellig wurde, nannte derselbe den Verband einen „Lumpenverband“.

Trotzdem aber lassen der christliche Holzarbeiterverband und das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften bei dem Manne ihre Druckmaschinen ruhig weiter verfertigen. Solidarität ist bei diesen Leuten also ein unbekannter Begriff, und da es doch ihre eigene Sache ist, die hier von dem genannten Fabrikanten in den Schmutz getreten wird, so ist es nicht schwer zu verstehen, wenn der Mann sich über die Charaktereigenschaften und das Ehrgefühl dieser seiner Kundenschaft solche Begriffe macht, daß er sie „Lumpen“ titulieren zu können meint. Der Mann wird wohl wissen, was er dieser Sorte von „Gewerkschaftlern“ bieten kann.

Die Christlichen, die scheinen aber mit einem Rhinocerosfell ausgestattet zu sein, denn eine solche Behandlung lassen sich diese Menschen ruhig gefallen. Der saubere Herr — Rippel zum Beispiel schimpft und lügt im Odenwald über den freien Verband, während er für die Selbsttaten der Leute wie Kreuzer u. Wöhlinger keinen Ladel übrig hat. Netze Sippschaft, diese christlichen Gewerkschaftselben.

Geplante Neubauten und Denkmäler.

Mehrfach schon wurde von den Lesern des Fachblattes der Wunsch geäußert, um einigermaßen über den Arbeitsmarkt Ueberblick zu haben, auch die ausgedruckten Submissionen im Steinarbeiter zu veröffentlichen, soweit das Baugeschäft oder die Steinindustrie in Frage kommt. Wir kommen dieser Anregung nach, müssen aber betonen, daß die Publikation der geplanten Neubauten, Denkmäler usw. nur dann eine ständige Einrichtung im Steinarbeiter werden kann, wenn das Fachblatt vergrößert wird.

Es werden folgende Neubauten geplant:

Ludwigshafen: Der Stadtrat bewilligte die Aufnahme eines Anlehens in Höhe von 1 820 000 Mark für Schulhausbauten, Nachtragsforderung zum Schlachthofneubau, Krankenhaus-erweiterungsbau und Erwerb von Industriegebäude. — Frankfurt a. M.: Große Halle für Ausstellungszwecke, Feste usw. am Hohenzollernplatz, 1 1/2 Millionen Mark. Ein Wettbewerb wird damit verbunden. — Stuttgart: Neues Hoftheater, wozu die Kammer der Ständeherrn 4 Millionen Mark bewilligte. — Gomburg v. d. S.: Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Bades, 50 000 Mark. — Kassel: Feuerwache, 390 000 Mark. — Diez (Rahn): Krankenhaus (Stadt). Kurhotel (Kurverein). — Dohheim: Krankenhaus. — Erbach: Evangelisches Pfarrhaus. — Godesberg: Kanalisation, 150 000 Mark. — Lohr a. M.: Badeanstalt. — Siegen: Gesehungshaus. — Gr.-Umstadt: Volkshaus. — Königstein (Taunus): Sanatorium (Univ.-Klinik Göttingen). — Sodenhausen: Ausrichturm im Bornwald (Taunusklub). — Babenhäusen: Erweiterung des Bahnhofes und Unterführung der Bahnhübergänge, 1 Million. — Kassel: Aufbau des Druchel-turmes. — Mainz: Großer Neubau (Barenhaus Tieg). — Dillenburg: Krankenhaus. — Antonienhütte i. Schles.: Kath. Kirche beschlossen (350 000 Mark). — Arnswalde (Vrbdg.): Kanalisation beschlossen (124 000 Mark). — Aischaffenburg: Nach dem Entwurf des Baurats Trambauer würde das projektierte Volkshaus 105 000 Mark kosten. — Bonn: Erweiterung des Provinzial-Museums von dem rheinischen Provinzial-Landtage bewilligt (300 000 Mark). — Vorbed (Nidb.): Für Erweiterung des Krankenhauses Philippusstift nimmt die katholische Kirchengemeinde 206 500 Mark auf. — Braunlage in Braunschw.: Kurhaus von der Aufsichtsbehörde der Kuranstalt genehmigt (150 000 Mark). — Bremen: Für die Erweiterung des Museums für Natur-, Volks- und Handelskunde wurden 409 000 Mark unter der Bedingung genehmigt, daß mit dem Bau bis 1. Juni d. J. begonnen wird. — Darmstadt: Für ein bleibendes Ausstellungsgebäude nebst Aussichtsturm auf der Mathildenhöhe bewilligte die Stadtverordneten 330 000 Mark. — Dresden: Mit dem Umbau der Augustusbrücke soll sofort begonnen werden (5 450 000 Mark). Erweiterung des Bürgerhospitals (100 000 Mark). — Frankfurt a. M.: Ausstellungshalle am Hohenzollernplatz von der Stadt beabsichtigt (1,5 Millionen Mark). Zur Erlangung der Entwürfe soll ein Wettbewerb ausgeschrieben werden. — Der Vorstand der israelitischen Gemeinde schreibt einen Wettbewerb um Entwürfe für eine Synagoge aus. Preise: 4500, 3000, 1500 Mark. Termin: 1. September 1906. Bedingungen daselbst. Sekretariat, Allerheiligenstraße 75, gratis. — Friedriehshütte i. Schles.: Das königliche Güttenwerk plant Erweiterungsbauten im Kostenanschlag von 621 000 Mark. — Friedriehshütte (Kreis Saarbrücken): Realgymnasium. Beginn demnächst. — Fürth i. B.: Eichgebäude vom Magistrat bewilligt (180 000 Mark). — Gesehemünde: Reformgymnasium (Stadt). — Görde: Amtsgerichtsneubau von der Justizverwaltung beabsichtigt (310 000 Mark). — Hohenfalsa: Elektrizitätswerk. — Rattowitz: Städtische Markthalle geplant.

Projektierte Arbeiten, bei welchen die Lieferung von Pflastersteinen in Frage kommt! Drucksal: Pflasterarbeiten. — Mainz: Pflasterarbeiten am Wiesbadener Tor. — Kreisbauamt Gießen: Straßenbauarbeiten an der Lumbabrücke bei Kreis. — Kempen: 4000 Quadratmeter Pflasterarbeiten. — Bahnhof Mündendorf: Pflasterarbeiten. — Lüneburg-Braunschweig: 4000 Quadratmeter Kleinpflaster, und Chaussee. — Hartburg-Wintzen: 2800 Quadratmeter Kleinpflaster. — Schwerin i. M.: Pflasterung des Spielplatzes. — Flomersheim: Pflasterungsarbeiten. — Strelino: Pflasterung der Dorfstraße Giechz-Blumendorf. — Stendal: Umpflasterung des Marktplatzes. — Osnabrück: Pflasterung von 10 Straßen. — Die Stadt Trier bestellte für 1906 196 500 Stück Pflastersteine. — Das Landesbauamt Krefeld schreibt Pflasterarbeiten aus für nachstehende Orte: Odenkirchen, Dormagen, Grevenbroich, Greffath, Lobberich, Burgwalbnel, Moers, Rheinb.-Gemeinden, Brüggel und Rachtendonk. — Kreisbauinspektion Altkirch i. E.: Pflasterarbeiten in Seidweiler, Balbigshofen und Weiler. — Dietrichsdorf b. Kiel: Pflasterarbeiten. — Pubitz: Pflasterung der Poststraße. — Bochum: Pflasterung der Brückenstraße in Gorbelt. — Zeit: Stadtbauamt 8000 Quadratmeter Reihpflaster.

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 5. bis mit 10. März 1906.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ertragmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesehbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbkissen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Vorbrück, B. 0.75; Berlin I, B. 480.—; Geier, Z. 20.—, Ins. 1.—; Greifswald, B. 32.—, E. 1.—; Görsfel, B. 32.—; Konstantz, B. 56.—; Wilmemann, B. 13.25, E. 19.—; Jener, B. 7.70; Landeshut, B. 4.—; Wegelad, B. 4.80; Deucha, B. 10.—; Oberdorf, B. 48.—; Bilgramkreuth, B. 140.—, E. 2.50; Stuttgart II, B. 55.16, E. 1.50, Ers. 0.50, D. 0.25, Z. 5.50; Jauer, B. 6.20; Eöthen, B. 4.20; Nürnberg, B. 256.—; Rad, B. 14.56, E. 2.50; Weg, B. 32.—; Ludwigshafen I, B. 54.—; Gasserode, B. 160.—, E. 25.—, D. 6.25; Odenbach, B. 8.50; Ravensburg, B. 1.30; Königsblutter, B. 13.40, E. 17.—; Otterberg, B. 42.—, E. 0.05; Ruppertsdorf, B. 8.50, E. 5.—; Brandenburg, B. 64.—; Naugen, B. 56.—; Berned, B. 84.—; Hamburg II, B. 160.—, Ers. 2.50; Ohlsdorf, B. 56.—, D. 1.—, Z. 0.50; Erter, B. 32.96, E. 5.—; Schmöln, B. 6.35; Mayen, B. 3.20; Floß, B. 20.—; Breslau II, B. 33.77, E. 1.50; Chemnitz, B. 160.—, St. 0.75, Plagbücher 2.—, Ins. 1.70; Aötm, B. 1.60.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Sangenbrunn (Muratal, Baden). Der Steinmetzmeister Christ Fischer, geboren zu Kronbach in Oberfranken, wird ersucht, seine Adresse nach hier einzusenden. Hans Weindl, Vertrauensmann.

Adressen-Änderungen.

(Bei der Einbringung von Adressenänderungen müssen wir bringend um deutliche Schrift bitten.)

Weihenstadt. Vorsitzender: Franz Werner, Steinmetz, Gartenstraße 287. Kassierer: Karl Frister, Steinmetz, Gartenstr. 27b. Ruppertsdorf (Neub.). Neue Zahlstelle im 4. Gau. Vorsitzender: Joseph Werber, Ebberbach. Kassierer: Otto Beeje, Ruppertsdorf.

Weigen I. Vorsitzender: Hans Geigenmüller, Bahnhofstraße 4.

Wittweida. Vorsitzender: Heinrich Saupe, Turnerstr. 12. Königsblutter. Neue Zahlstelle im 6. Gau. Vorsitzender: Wilhelm Schöndrupa, Stitt-Königsblutter. Kassierer: Karl Bedmann, Stitt-Königsblutter, Glockenkamp 54.

Altleiningen. Neue Zahlstelle im 10. Gau. Vorsitzender: Heinrich Müller. Kassierer: Philipp Doll.

Briefkasten.

Wegen des sächsischen Buchtages am Mittwoch, den 14. März, konnte die Zeitung erst am Donnerstag gedruckt werden. Der Versand konnte somit erst am Freitag vor sich gehen.

Tresden, F. Selbstredend ist uns Dein Erguß willkommen. Das Seziermesser wurde nicht allzu sehr angekratzt. Sonst aber besten Gruß — Gorkan, St. Wäre die Nachbestellung für die Nr. 9 rechtzeitig eingegangen, so wäre die gewünschte Zahl Blätter auch richtig abgefordert worden. In Zukunft bitte frühzeitige Bestellung, sowie in den Karten einen etwas anständigeren Ton anzuschlagen. — Bunzlau, J. Der Bericht ist doch erschienen. — R. Wir werden von der bisherigen Gepflogenheit nicht ab, hat denn Gier Lokalkorrespondent das diesbezügliche Zirkular nicht erhalten? Dasselbe gilt auch für Lutter am Barenberge und für die Zahlstelle Sadiß. — Heppenheim im Odenwald. Näherer Bericht über den abgebrochenen Tarifvertrag schleunigst erbeten. Wegen Raumangel mußten etliche Versammlungsberichte sowie andere Einsendungen zurückgestellt werden.

Anzeigen.

Achtung, Steinarbeiter Berlin I.

Die Zahlstelle des Südens befindet sich vom 17. März ab bis auf weiteres bei Liedke, Hagelsberger Strasse 23. Der Vorstand.

Albert Baumann
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.

Baugewerk-Schule
Bischofswarda i. S.

Zwei Sägemäster, div. Steinarbeitungsmaschinen und ein grosser Laufkran sind zu verkaufen. Näheres unter C. D. 363 durch Haasenstein & Vogler, A.-G., Magdeburg.

Aufruf
Gesucht wird von seiner Mutter der 25 Jahre alte Steinhauer **Albert Vogt aus Straßburg i. E.** zwecks Familienangelegenheiten durch den Tod des Vaters. Gefl. Mitteilungen an **Frau Vogt, Straßburg i. E.,** Kupferstr. 15.

Am 22. Februar verschied nach längerem Leiden unser treuer Kollege
August Basseng
im Alter von 54 Jahren infolge eines Schlaganfalles.
Ehre seinem Andenken!
1.50] **Zahlstelle Adia II.**

Am 24. Februar starb nach 9wöchigem Krankenlager unser Kollege
Joseph Vrba
im Alter von 30 Jahren an der Berufskrankheit.
Ehre seinem Andenken!
1.50] **Zahlstelle Alt-Warhan I.**

Am 8. März starb unser Kollege
Heinrich Adam Bachmann
im Alter von 40 Jahren an Starrkrampf.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
1.35] **Zahlstelle Oberdorf.**

Am 8. März starb unser Kollege
Ernst Schwenke
im Alter von 35 Jahren an Gehirnhautentzündung.
Ehre seinem Andenken!
1.35] **Zahlstelle Reundorf II.**

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Schiedsgerichte und Schlichtungskommissionen.

Da auf dem Verbandstag zu Nürnberg unter Punkt 4 Tarifwesen mit auf die Tagesordnung gesetzt und, wie es scheint, bei den Kollegen zurzeit mehr Neigung zu Tarifverträgen vorhanden ist, als zur Einführung des Stundenlohnes, so ist es notwendig, sich auch einmal darüber zu äußern, ob bei Abschluß von Tarifverträgen die gleichzeitige Einführung eines Schiedsgerichts, sogenannte Schlichtungskommission, praktischen Wert hat. Man wird behaupten, in Städten oder Bezirken, wo Gewerbegerichte bestehen, ist das nicht notwendig, anders sei es in Distrikten, man seine Forderung bei den Amtsgerichten einbringen muß und dieses mit größeren Schwierigkeiten verbunden ist, wie bei den Gewerbegerichten. Ich bin der Ansicht, daß auch in Orten, wo Gewerbegerichte bestehen, die Einführung einer Schlichtungskommission für beide Teile, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, von Vorteil ist, denn in den meisten Fällen können sich Richter sowie Beisitzer in die zeichnerischen Unterlagen, welche bei Klagen mit beigebracht werden müssen, gar nicht oder nur sehr schwer hineinfinden, was auch bei der Vielseitigkeit der Architekturen leicht begreiflich ist. Es kommen dann Urteile zustande, wo Arbeiter wie auch Arbeitgeber sich sagen, wir als Fachleute hätten anders entschieden. In sehr vielen Klagesachen kommt es aber auch vor, daß nicht eher entschieden wird, bis ein zum nächsten Termin geladener Sachverständiger gehört worden ist.

Außerdem kommt noch hinzu, daß vor dem Gewerbegericht der einzelne (ob Unternehmer oder Arbeiter) niemals in der Lage ist, seine Sache so zu verteidigen, wie es notwendig wäre. In Dresden besteht die Schlichtungskommission zirka 15 Jahre, und ich möchte behaupten, daß, wenn diese aufgehoben würde, dies als ein Fehler von beiden Seiten betrachtet würde. Es gab allerdings eine Zeit, wo die Kollegen sagten, wir brauchen kein Schiedsgericht. Als dann kurz darauf auch die Unternehmer wegen einer scharfen Auseinandersetzung erklärten, nicht mehr mit uns verhandeln zu können, wurde die Kommission ganz selbstverständlich aufgelöst. Nicht lange dauerte es, da war von beiden Seiten das Bedürfnis vorhanden, wieder zu dem früheren Verhältnis zurückzukehren und eine Schlichtungskommission einzusetzen. Man kann ruhig sagen, wenn die Kommission aus Leuten zusammengesetzt ist, welche bemüht sind, unparteiisch zu entscheiden, daß dadurch sehr viele Streitigkeiten, ja sogar Lohnkämpfe vermieden werden können. In Orten oder Bezirken, wo Tarifverträge abgeschlossen werden und keine Gewerbegerichte vorhanden sind, ist es eine Notwendigkeit, Schlichtungskommissionen mit einzusetzen, denn sonst kann man mit Bestimmtheit voraussetzen, daß die geschaffenen Abmachungen teilweise nicht eingehalten werden.

Bei Vertragsabschlüssen ist, wenn ein Schiedsgericht eingeführt wurde, durch eine Klausel festzulegen, daß die Beisitzer aus dem Arbeitnehmerstande sowie die Richter suchenden Kollegen unter keinen Umständen gemäßigelt werden dürfen. Dieser Punkt ist allerdings sehr heikel. Wir sehen ja sogar, daß Kollegen, welche ihre Klagen vor den Gewerbegerichten oder eventuell vor den Amtsgerichten einreichen, einfach aufs Pflaster geworfen werden. Das schlechte Gewissen vieler Unternehmer, daß sie den Tarif umgangen haben, kommt dadurch am besten zum Ausdruck. Es darf aber nicht vergessen werden, daß meistens der Vertrauensmann die Klage für den Richter suchenden Kollegen führt, und in Dresden sind die Zeiten vorbei, wo man es wagen konnte, den Vertrauensmann zu entlassen. Nun, seitdem in Dresden der Vertrauensmann fest besoldet ist, reicht auch der starke Arm der Unternehmer noch weniger an diese Person heran, als dieses früher der Fall war.

Die Zusammensetzung der Schlichtungskommission muß (oder soll) paritätisch sein, das heißt, die gleiche Zahl Arbeiter wie Unternehmer, mit einem unparteiischen Mann (vielleicht Architekten) als Vorsitzenden. In Dresden ist die Zusammensetzung nicht paritätisch, da dort stets ein Arbeitgeber den Vorsitz führt. Von beiden Seiten ist es aber Pflicht, wenn irgend möglich, daß Leute in die Kommission gewählt werden, die den Tarif mit ausgearbeitet oder zusammengestellt haben, denn dieselben sind doch in erster Linie in der Lage, bei Streitfällen zu urteilen, wie der

oder jener Punkt gemeint war. Nun besteht aber die Tätigkeit der Kommission nicht bloß darin, die Streitfälle zu entscheiden, nein, eine der wichtigsten Aufgaben mit ist es, alle Unklarheiten, welche dem bestehenden Tarif anhaften und mit der Zeit sich herausstellen, zu notieren, um bei einer Neuberatung des bestehenden Tarifs die demselben anhaftenden Mängel zu beseitigen. Wenn alle Mängel, welche sich im Laufe des Jahres herausstellen, gebucht werden, wird bei Ausarbeitung eines neuen Tarifs viel erspart an Zeit und Kosten. Aber nicht allein deshalb ist es notwendig, die sich herausstellenden Fehler zu notieren, um sie bei dem nächsten Tarif auszumergen, nein, es kann auch vorkommen, daß die Unternehmer, ehe der Tarif abgelaufen ist, den einen oder den anderen Punkt abändern, oder wie sie sagen, richtigstellen möchten. Hier ist nun die Gelegenheit ebenfalls, auf Grund der gemachten Erfahrungen Vorschläge zu machen. Ferner kann die gemeinsame Schlichtungskommission (nicht bloß die den Lohn-tarif betreffenden) Differenzen schlichten, zum Beispiel Streitigkeiten, welche durch allzu schnelles Auftreten der Poliere den Arbeitern gegenüber entstehen; diese zu schlichten, liegt ebenfalls im beiderseitigen Interesse.

In größeren Bezirken, wo einheitliche Tarifverträge bestehen und es sich aus irgendwelchen Schwierigkeiten notwendig macht, zwei solcher Kommissionen einzusetzen, sind diese gegenseitig verpflichtet, die in ihren Sitzungen getroffenen Entscheidungen zu übermitteln.

Zum Schluß will ich noch bemerken, daß (angesichts unfers mörderischen Berufs) die Einführung des Stundenlohnes das einzig richtige wäre, aber auch nur dann, wenn nur eine oder höchstens zwei Klassen in ein und demselben Vertragsbereich eingeführt werden. Denn bei Einführung von mehr als zwei Klassen würde durch die Wucherei der Prozentatz der Sterblichkeit bedeutend mehr betragen, als bei Abschluß von Tarifverträgen. Doch bessere Zustände auf dieser oder jener Grundlage zu erreichen, dazu gehört vor allen Dingen eine starke Organisation. Diese zu erreichen, muß den Steinarbeitern immer und überall zur Pflicht gemacht werden.

Ich habe diese Zeilen über die Wirkung von Schiedsgerichten auf persönlichen Wunsch der Redaktion geschrieben, denn wenn auf dem Verbandstage der Punkt Tarifwesen eingehend beraten werden soll, so muß auch Klarheit herrschen, wie stellen wir uns zu den Schiedsgerichten.

Dresden.

Steglich.

Konferenz der Vorkände der Zentralverbände.

Abgehalten vom 19.—23. Februar in Berlin im Gewerkschaftshaus.

Die Konferenz erledigte verschiedene Angelegenheiten, die ihr vom Kölner Gewerkschaftskongreß überwiesen worden sind. Zunächst wurde die Frage der Grenzstreitigkeiten behandelt. Dabei traten erhebliche gegensätzliche Auffassungen zwischen den Vertretern der Industrie- und denen der Branchenorganisationen, dann aber auch zwischen den Anhängern der Berufs- und denen der Betriebsorganisationen zutage.

Zu dieser Frage wurde eine Resolution angenommen, welche besagt: Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich in der Richtung des Zusammenschlusses der Organisationen zu großen leistungsfähigen Zentralverbänden. Neuzere Eingriffe würden diese Entwicklung stören, deshalb ist eine endgültige Grenzregulierung durch Konferenz- und Kongreßbeschluß untunlich. Im Interesse eines gezielten Zusammenwirkens wird den Gewerkschaften empfohlen, den gegenwärtigen Organisationsstand anzuerkennen, strittige Agitationsgebiete durch Vereinbarungen abzugrenzen und alle Fragen der beruflichen und gemeinsamen Agitation, des Uebertritts von Mitgliedern, des Zusammenwirkens bei Lohnbewegungen durch Kartellverträge zu regeln. — Organisierte Arbeiter, die alljährlich ununterbrochen länger als sechs Wochen in einen und denselben Beruf übertreten, müssen sich immer der Organisation des Berufes anschließen, in dem sie arbeiten. Wer dauernd in zwei Berufen tätig ist, hat sich den Organisationen beider Berufe anzuschließen.

Die Schaffung möglichst einheitlicher Uebertrittsbedingungen wurde durch Annahme einer Resolution vollzogen, welche in der Hauptsache sagt: Mitglieder, die sich bei ihrer bisherigen Organisation abgemeldet und ihre Beiträge bezahlt haben, sind beim Uebertritt in eine andere Organisation vom Eintrittsgeld befreit. Die Dauer der Mitgliedschaft in der bisherigen Organisation ist in der neuen Organisation in der Weise anzuzurechnen, als die geleisteten regelmäßigen Beiträge der neuen Organisation angerechnet werden. Die durch

Umrechnung sich ergebende Mitgliedsdauer kommt auf die in der neuen Organisation vorgesehene Karenz für alle vorhandenen Unterhaltungsrichtungen in Anrechnung.

Gegen die Gründung besonderer Organisationen der in Genossenschaftsbetrieben Angestellten wandte sich die Vertretung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen. Hierzu wurde beschlossen: Die Gründung von Sonderorganisationen für Angestellte oder Arbeiter in Konsumvereinen ist prinzipiell zu verwerfen. Diese Angestellten und Arbeiter sind vielmehr verpflichtet, dem für ihren Beruf bestehenden Zentralverband anzugehören und dort an dem gewerkschaftlichen Kampf gegen das privatkapitalistische Unternehmertum zur Verbesserung der Lage der gesamten Berufsgenossen teilzunehmen.

Durch die Annahme dieses Antrages soll jedoch nicht unter allen Umständen eine Verschmelzung des bereits der Generalkommission angeschlossenen Lagerhalterverbandes mit dem Handlungsgehilfenverband gefordert werden.

Für die Einrichtung von Unterrichtskursen für Gewerkschaftsbeamte unterbreitete die Generalkommission ein Programm, dem die Konferenz zustimmte. Danach sollen derartige Kurse zunächst im September und November 1906 abgehalten werden, und zwar im Berliner Gewerkschaftshaus. Die Anzahl der Teilnehmer ist auf 50 beschränkt. Jeder Kursus dauert vier Wochen. Zur Teilnahme sind berechtigt in erster Linie die besoldeten Gewerkschaftsbeamten, gleichviel ob die Kosten von ihnen selbst oder von den betreffenden Organisationen getragen werden. In zweiter Linie kommen diejenigen in Betracht, die von einer Organisation auf Organisationskosten entsandt werden. Sollte dann noch Platz vorhanden sein, so kann auch anderen Gewerkschaftsmitgliedern die Teilnahme gestattet werden. Die Ausgabe für Schule und Lehrkräfte befreit die Generalkommission. Die Aufwandskosten der Schüler sind, soweit sie nicht selbst getragen werden, von den Organisationen zu zahlen, die Schüler entsandten.

Für die Kurse sind folgende Vorträge in Aussicht genommen:

1. Theorie und Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung.
2. Die gewerkschaftlichen Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland.
3. Die Gewerkschaftsbewegung im Ausland.
4. Die Verwirklichungsgesetzgebung.
5. Die Arbeiterschutzbestimmungen.
6. Die Gewerbeordnung.
7. Einführung in die Nationalökonomie.
8. Kartelle und Unternehmervereinigungen.
9. Vorbedingungen der Statistik.
10. Einführung in die gewerkschaftliche Literatur.
11. Buchführung und kaufmännischer Verkehr.

Die Erfahrungen aus den jüngsten großen Streiks und Ausperrungen wurden in mehrstündiger Debatte erörtert; doch konnte dieser Meinungsaustrausch ein abschließendes Ergebnis nicht zeitigen, da auch die Gesamtvorstände der einzelnen Gewerkschaften über die aufgeworfenen Fragen beraten mußten.

Zu längeren Auseinandersetzungen führte der letzte Tagesordnungspunkt: Partei und Gewerkschaften, in deren Verlauf leb-

hafte Beschwerden über eine Reihe systematischer Angriffe verschiedener Parteiorgane und gewisser Parteikreise auf die Gewerkschaften, insbesondere auf deren Führer und Presse erhoben wurden. Schon während und nach dem großen Bergarbeiterkampf im Ruhrrevier, besonders aber nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß wurde in diesen Angriffen und in der Herabsetzung der Gewerkschaften von einzelnen Parteiorganen ein Erschließendes geleistet. Bei aller Uebereinstimmung der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung in den grundsätzlichen Auffassungen und in den letzten Zielen des proletarischen Klassenkampfes, bei aller Notwendigkeit und allem guten Willen, einig zu sein und schwebende Differenzen durch Verständigung auszugleichen, könne man diese Angriffe doch nicht ruhig über sich ergehen lassen, wenn nicht das Ansehen der ganzen Gewerkschaftsorganisation bei Freund und Feind darunter leiden soll. Besonders sei es die Pflicht der Gewerkschaftspresse, solche Angriffe rasch und entschieden zurückzuweisen und ihre Solidarität auch einzelnen von Parteiorganen angegriffenen Gewerkschaftsredakteuren gegenüber zu bekunden. Doch solle die Zurückweisung in Inhalt und Form dem Gemeingeist der gesamten Arbeiterbewegung angemessen sein und nicht der Schürung der Zwietracht dienen, wie so häufig die Anrempelungen unberufener Gewerkschaftskritiker. Die Generalkommission sei nach wie vor berufen, in allen die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung gemeinsam berührenden Fragen rechtzeitig eine Verständigung mit dem Parteivorstand herbeizuführen. Da indes nach Auffassung des Letzteren der Kritik der Parteipresse selbst der Gewerkschaftsbewegung gegenüber keinerlei Schranken gezogen werden könnten, so könne auch der Gewerkschaftspresse nur dringend empfohlen werden, von ihrem Rechte der freien Kritik künftig ebenfalls mehr als bisher den notwendigen Gebrauch zu machen. Von der Fassung eines Beschlusses wurde abgesehen; die Konferenz begnügte sich, ihr Einverständnis mit der diese Ausführungen zusammenfassenden Erklärung des Vorsitzenden zu bekunden.

Die Lohnbewegung der Leipziger Marmorarbeiter.

Am 31. Januar kündigten die hiesigen Marmorarbeiter den seit 6 Jahren bestandenen Tarif. Die Lohnkommission unterbreitete den Arbeitgebern mit der Kündigung zugleich die neu aufgestellten Verbesserungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Diese Forderung enthielt eine Erhöhung des Stunden-

Die Frau im öffentlichen Leben.

Vielfach, ja fast allgemein ist die Meinung verbreitet, der Lebenszweck der Frau sei mit der Erfüllung ihrer häuslichen Pflichten erschöpft. Wenigstens wird darüber gewacht, daß sie den engen häuslichen Rahmen nicht verlasse, daß sie Genüge finde in der Erziehung der Kinder, in der Sorge um die Bequemlichkeit ihres Mannes. Mit der Parole: „Die Frau gehört ins Haus!“ suchten die im Mithergebrachten verführten Gegner jeden Fortschritts die Ausbreitung der modernen Frauenbewegung zu verhindern. Wehe — wehe, wer es wagt, an dem Ueberlieferungen zu rütteln, der Bannfluch des Bohotts, die völlige Losagung von dem oder der Abtrünnigen ist die Folge.

Soweit sich Befragtes in der bürgerlichen Gesellschaft abspielt, haben wir keine Ursache, uns sonderlich darüber aufzuregen; der Umstand jedoch, daß der Frauenfrage auch in unsern Kreisen wenig oder gar kein Verständnis entgegengebracht wird, veranlaßt uns, Stellung zu derselben zu nehmen. — Haben bürgerliche Gegner der Frauenbewegung einen Schein von Berechtigung für ihre veralteten Anschauungen, in unsern Kreisen fällt auch dieser. Unsere Frauen erfahren die einschneidende Wirkung des öffentlichen Lebens am eigenen Leibe. Früher als ihre besser situierten Schwestern sind sie dem Welken preisgegeben, Gram und Sorge graben schon in jungen Jahren tiefe Furchen in ihre einst so lebensfrohen Gesichter; jungen Greisen gleich stehen sie gleich ihren Brüdern im Dienste des Kapitalismus dahin.

„Die Frau gehört ins Haus.“ Wie blutiger Hohn muß dieses Wort den Arbeiterfrauen in die Ohren gellen. Sie, die zum großen Teil ihre Kräfte zum Erwerben des Lebensunterhalts opfern müssen, anstatt sich ihrer Familie zu widmen, sie, welche ein gemütliches Heim nur dem Namen nach kennen, sie sollten

den Heuchlern, die sie aus ihrer Familie gerissen, die Larve vom Gesicht reißen und ihnen zurufen: „Wir wollen ins Haus!“

Doch wie ist es möglich, der Frau ihre Stellung wiederzugewinnen, und wenn dies geschehen, ihr dieselbe zu erhalten? — Nur durch die Beteiligung der Frau am öffentlichen Leben, am politischen Leben, durch die Beseitigung der Unterordnung des Weibes, durch die Gleichberechtigung von Frau und Mann.

„Was ist Politik?“ — Politik ist Interessenvertretung. In dem wir unsere Interessen vertreten, treiben wir Politik. Mit Hilfe der Politik haben es die jeweiligen Machtfaktoren verstanden, unsere jetzigen Verhältnisse herbeizuführen. Und wie sie es verstanden haben. Von frühester Jugend waren sie darauf bedacht, Männlein und Weiblein voneinander zu trennen, einen Teil zu ihren Gunsten gegen den anderen auszuspielen. Was dem Manne in Gnaden gestattet, ist bei den Frauen verpönt. Verblendet betriegen sich die getrockneten Geschlechter um die Herrschaft in ihrem Sklavenjoch, anstatt gemeinsam gegen ihren gemeinsamen Feind Front zu machen, ihn abzuschütteln. Wie oft muß man hören, daß ein Mann seine witzbegierige Frau abfertigt mit der Antwort: „Das verstehtst Du nicht!“ oder, gerät sie gar mit ihrem „Herrn und Gebieter“ in Meinungsverschiedenheiten: „Kümmere Dich nicht um Sachen, die Dich nichts angehen!“ Und doch sind Mann und Frau berufen, gemeinschaftlich durchs Leben zu gehen, alles miteinander zu teilen. Ein Teil muß den andern ergänzen, einer kann ohne den andern nicht auskommen. Und zweifellos haben die Frauen einen nicht minder schweren Standpunkt als die Männer. Sie sollen mit dem Wenigen, was der Hausvater, die Steuerbehörde und mitunter auch die verhältnismäßig hohen persönlichen Bedürfnisse des Mannes übrig gelassen haben, auskommen, ja, noch einen Notgroßen zurücklegen. Sind wir auch mitunter empört über die an Geiz grenzende Sparsamkeit unserer Frauen, es kann uns nicht

abhalten, ihr finanzielles Talent zu bewundern; denn leicht ist es gewiß nicht, bei diesen teuren Zeiten zurechtzukommen, weshalb unsern Frauen der Gang zum Kaufmannsberziehen sei.

Somit wären wir auf dem Boden der hohen Politik angelangt. Denn die hohen Preise der Lebensmittel, wie überhaupt die aller Gebrauchsgüter, werden durch die Politik bewirkt, durch die Politik von Interessenten, welche bestrebt sind, möglichst hohe Gewinne aus ihren Waren herauszuschlagen. Bei den Lebensmitteln werden uns die fortwährenden Preissteigerungen am fühlbarsten. Der Hunger verbindet sich mit den Lebensmittelmachern, er treibt ihnen den geforderten Preis ein. Anders ist es mit den Gebrauchsgütern, wie Möbeln, Kleidungsstücken usw. — Hat auch das Kleid, der Hut unserer Frau schon längst einen neuen verdient, ist eine Neuanschaffung ihr sehnlichster Wunsch, sie verschmerzt ihn, die weiblichen Bedürfnisse der Mägen geht vor. Und ist schon jetzt das Fleisch aus den Kochtöpfen der Arbeiter verschwunden, fällt schon jetzt höchstens für „Watern“ ein Stück ab, die nächste Zukunft wird unsern Frauen ein Bedeutendes mehr zu raten aufgeben. Händeringend wird sich nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs manche Mutter fragen, wie sie dem Hunger ihrer Kinder gerecht werden soll. Und dann wird es an der Zeit sein, wie es stets an der Zeit ist, daß der Mann seine Frau aufklärt über die Ursachen dieser unhaltbaren Verhältnisse und die Möglichkeit ihrer Beseitigung.

Nichts wäre verkehrter, als behaupten zu wollen: „Daran können wir nichts ändern.“ Als einzelne allerdings nicht, wohl aber als Klasse, als Partei. Ist es doch auch eine Klasse, welche uns die Preise aufbläht. Die Agrarier, welche sich stets als die vollkommenen Landwirte gerieren, Leid und Not jedoch nur dem arbeitenden Volke gebracht haben, sie sind wert, daß wir — uns etwas eingehender mit ihrem volksfeindlichen Treiben

Lohn für Bauer und Schleifer um je 10 Pfg., sowie eine zehnprozentige Erhöhung der Akkordsätze. Daß eine solche minimale Erhöhung sehr gerechtfertigt war, zeigt zunächst die Tatsache, daß die Marmorarbeiter in den letzten sechs Jahren so bescheiden waren, daß sie überhaupt keine Forderungen stellten. Im weiteren sind die Löhne der Sandsteinmehrer an Orte bedeutend höher, als die der Marmorarbeiter. Der Stundenlohn eines Sandsteinmehrer beträgt am Orte 65 Pfg., die Marmorindustriellen zahlten ihren Steinmehrer bisher großmütig 50 Pfg. Daß eine solche Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft als unerhört bezeichnet werden muß, soll bloß nebenbei erwähnt werden. Die Arbeitsstunden bei den Leipziger Meistern sind meistens in einem solchen Zustande, daß Nichtfachleute denken, es handle sich um Aufstehungsräume für Abfallsteine. Die hiesigen Kollegen hielten es deshalb jetzt für unbedingt nötig, die begonnene Lohnbewegung mit aller Energie auch durchzuführen. Als die Kollegen an den Vorständen der Arbeitgebervereinigung die Forderungen sandten, ließ uns dieser wissen, diese Vereinigung bestehe nicht mehr. — (?) Nur wurde jedem einzelnen Meister die Forderung zugestimmt. Nun ging Mitte Februar der Kommission ein Tarifentwurf vor der jetzt auf einmal wieder bestehenden Vereinigung der Arbeitgeber zu. Dieser Entwurf brachte uns außer einigen minimalen Aufbesserungen auf die Plattenarbeit und 3 Pfg. Erhöhung des Stundenlohns, eher eine Verschlechterung, als eine Verbesserung des bis jetzt bestandenen alten Tarifs. Eine am 22. Februar stattgefundene Versammlung lehnte denn auch das Anerbieten der Unternehmer einstimmig ab und beauftragte die Kommission, sofort eine Unterhandlung mit den Arbeitgebern anzubahnen. Ueber diese minimalen Zugeständnisse waren natürlich unsere Kollegen mit Recht sehr entrüstet. Am 27. Februar fand nun eine gemeinschaftliche Sitzung statt. Kollege Siebold hatte sich von Anfang an mit großem Fleiß an den Vorarbeiten beteiligt. Den vierzehn Meistern aber war der Rumm geschwollen, und sie ließen Siebold zu den Sitzungen nicht zu. Warum, ist leicht zu erklären, er hätte als Fachmann die fachspezifischen Gründe der Unternehmer mit Leichtigkeit widerlegen können. Ueberdies hatten die Unternehmer durch die große Bedürfnislosigkeit der organisierten Arbeiter seit 6 Jahren Ruhe und so glaubten die Herren, den Verband überhaupt ignorieren zu können.

In der Sitzung am 27. Februar brachten die Unternehmer die alte Ausrede von der auswärtigen Konkurrenz, die am Orte bestehende aber wurde nicht erwähnt. Wenn schon auswärtige Betriebe ihre Waren hier so billig absetzen, daß es den hiesigen Unternehmern unmöglich gemacht wird, wie sie anführen, konkurrenzfähig zu bleiben, so sollten sie wenigstens nicht noch diese auswärtige Konkurrenz fördern; denn wenn sich ein Unternehmer seine Arbeiten waggonweise aus größeren Werken, die mit allen maschinellen Einrichtungen produzieren, schicken läßt, dann kann er wohl billiger liefern, als wenn er die Ware am Orte anfertigt läßt, aber er fördert hiermit ebenfalls die auswärtige Konkurrenz. Den Schaden hat natürlich stets der Arbeiter zu tragen, denn hier sucht der Unternehmer so viel wie möglich seine ihm entgangenen Prozente wieder zu erhalten. Und ohne ansehnlichen Profit machen es auch die hiesigen Meister nicht. Eine zweite Sitzung wurde für den 1. März angesetzt. Die Kommission unterbreitete sämtlichen Kollegen das Ergebnis der ersten Verhandlung. Das Resultat dieser Besprechung war die Aufstellung nachstehender Forderungen: Der Minimallohn für die Hauer beträgt pro Stunde 55 Pfg., für die Schleifer 45 Pfg. (bisher 50 und 40 Pfg.), sowie eine fünfprozentige Erhöhung des Akkordtarifs. Dies gilt nur für ein Jahr. Im nächsten Jahre hat diese Erhöhung nochmals stattzufinden, oder der Tarif wird überhaupt nur auf ein Jahr abgeschlossen. Dieser Vorschlag kam den Unternehmern als vollständig neue Forderung vor, und sie konnten sich nicht sofort entschließen, welche Stellungnahme sie hierzu einzunehmen hätten, weshalb sie sich eine Bedenkzeit bis zum 3. März ausbaten. In einer am 4. März stattgefundenen Versammlung gab unsre Kommission die Antwort der Unternehmer bekannt. Letztere beharren darauf, den Stundenlohn nicht höher stellen zu können, wie angeführt. In geheimer Abstimmung erklärte sich die Versammlung einstimmig gegen das Angebot der Unternehmer. Dies wurde letzteren sofort in einem Schreiben unterbreitet, mit der nochmaligen Bekanntgabe der Forderung, welche ihnen in der Sitzung vom 1. März übermittelt wurde.

Die Antwort der Arbeitgeber wurde in der am 6. März abends stattgefundenen Versammlung bekannt gegeben. Der Stundenlohn von 55 und 45 Pfg. wurde endlich anerkannt, die zugeständenen Erhöhungen verschiedener Akkordsätze bleiben bestehen, jedoch wird der Tarif in seiner neuen Gestalt auf 2 Jahre festgesetzt. Viel wurde bei dieser Lohnbewegung allerdings nicht erreicht, aber auch dieses Wenige mußte erst mit großer Fähigkeit erkämpft werden. Es hat allerdings den berechtigten Anschein, als hätten die Leipziger Marmorarbeiter den Arbeitgebern eine allzu große Ruhepause gewährt, mögen andre Orte nicht so unvorsichtig sein.

Gebildete Hungerleider.

Auf sämtlichen deutschen technischen Hochschulen ist die Zahl der Studierenden zurückgegangen. Geht man den Ursachen davon nach, so stößt man auf Erscheinungen, die direkt mit der kapitalistischen „Weltordnung“ zusammenhängen, die aber merkwürdigerweise von den „Volkswirten“ der herrschenden Klassen nicht beachtet werden.

Nachdem wir in eine neue Ära der technischen Erfindungen und Entdeckungen eingetreten waren, und nachdem namentlich die Elektrotechnik eine förmliche Revolution bewirkt hatte, schienen die technischen Berufe unerlässlich zu sein für die herbeiströmenden Arbeitskräfte. Für Ingenieure, Chemiker, Elektrotechniker usw. schien eine goldene Zeit angebrochen zu sein.

Spießbürger und Bäuerlein, denen die Versorgung ihrer hoffnungsvollen Sprößlinge in Amt und Würden oder in gelehrten Berufen eine Haupt-Lebensaufgabe ist, sagten mit unnormalweiser Miene: ärztliche, juristische, geistliche und ähnliche Berufe sind überfüllt; Techniker, Chemiker und Ingenieure usw. haben eine große Zukunft!

Über bald waren auch diese Berufe überfüllt. Diplom-Ingenieure, geprüfte Chemiker und Techniker dünnten sich im allgemeinen unendlich mehr zu sein, als die „gewöhnlichen“ Industriearbeiter. Allein, da auch die Techniker usw. der Industrie ihre Dienste anbieten mußten, so unterliegen auch sie, gleich dem „gewöhnlichen“ Arbeiter, den Gesetzen des Arbeitsmarktes bezüglich der Wirkung von Angebot und Nachfrage. Sobald das Angebot die Nachfrage überwiegt, sinkt auch der Preis der Arbeit. Und da in den technischen Berufen zurzeit das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage ganz bedeutend übersteigt, so sind eben auch die Gehälter bedeutend herabgegangen. Die Vossische Zeitung hat dieser Tage die Entdeckung gemacht, daß sehr viele tüchtige Ingenieure und Chemiker froh seien, wenn sie nach vollendetem Studium mit 150 Mk. pro Monat angestellt würden; in vielen Stellen ginge das Gehalt bis auf 120 Mk. und 100 Mk. pro Monat herab.

Das ist uns nicht neu. Aber die Klagen einiger bürgerlicher Mütter klingen nun dahin aus, daß der „eigenliche“ industrielle Arbeiter sich der Vorteile erfreue, die ihm durch die sozialpolitische Gesetzgebung zuwendet würden; er sei also gemißvertraut, „bevorzugt“ gegenüber dem „gebildeten Proletariat“, der doch auf seine Ausbildung mehr Mittel verwenden müsse.

Wir haben bekanntlich an der sozialpolitischen Gesetzgebung des Deutschen Reichs viel, sehr viel auszusetzen und können nicht genug betonen, daß sie grade in den wichtigsten Punkten mangelhaft und vielfach direkt reaktionär ist. Indessen hat Fürst Bischoff seinerzeit es offen ausgesprochen, daß die verbündeten Regierungen zu den wenigen Zugeständnissen, die sie gemacht haben, durch die sozialdemokratische Bewegung getrieben worden sind. Die Schorfmacher à la Stumm verwerfen bekanntlich die sozialpolitische Gesetzgebung durchaus; sie behaupten, dieselbe mache die deutsche Industrie dem Auslande gegenüber konkurrenzunfähig und bringe nur der Sozialdemokratie Vorteile. Allerdings hat man sich schwer getäuscht, als man erwartete, die sozialpolitische Gesetzgebung werde der Sozialdemokratie Abbruch tun.

Wenn also das „Proletariat der Gebildeten“ die Vorteile einer sozialpolitischen Gesetzgebung für sich haben will, so muß es sich organisieren und sich der großen Arbeiterbewegung anschließen, die mit ihrem Klassenkampf dem Klassenstaat und der bürgerlichen Gesellschaft noch manches Zugeständnis abtrotzen wird, bis die Arbeiterklasse selber sich die politische Macht errungen haben wird!

Aber da kommen wir schon an bei all den Herrchen, die zwar in Wahrheit proletarische Existenzen sind, die aber infolge ihrer akademischen Bildung und auch infolge ihrer „Schmisse“ auf der Wange in der weitaus überwiegenden Mehrzahl sich unendlich erhaben fühlen über der großen Masse der „gewöhnlichen“ Lohnarbeiter! Was, mit diesen zusammen sollen sie gemeinsam für eine sozialpolitische Gesetzgebung und bessere Lebensbedingungen kämpfen? Welch eine Zumutung unersetzlich!

Nun, man findet ja solchen Dünkel leider auch noch bei einer großen Anzahl von Handlungsgehilfen, die bei kläglichen Löhnen, wahren Hungerlöhnen, eine Arbeitszeit haben, die so ausgebeutet ist, als es nur das Gesetz zuläßt, die aber sich auch als „etwas Besseres“ als die Industriearbeiter dünken und, freiwillig oder gezwungen, bei amtlichen Erhebungen dem Ausbeutungssystem ihrer Prinzipale sogar noch das Wort reden.

Techniker, Ingenieure, Chemiker usw. träumen von glänzenden Stellen; junge Kaufleute träumen vom Emporarbeiten zu großen Unternehmungen usw. Das vertreibt sich nur für die wenigen, die besondere Fähigkeiten oder besonderes Glück haben, und unter diesen wenigen ist es wieder weit mehr das Glück, das sie emporbringt, als die Fähigkeiten. Inzwischen spannt sich das kapitalistische Joch immer weiter und drückender aus.

Die Weisheit der bürgerlichen Presse verfährt gegenüber dieser Erscheinung vollständig. Ein Aufschwung der Industrie werde auch die Einkommensverhältnisse der Techniker bessern, heißt es dort. Ueberne Illusion! Die Industrie hat sich längst darauf eingerichtet, in den Zeiten der Prosperität den Gewinn bei den Unternehmern sitzen zu lassen; für Arbeiter und Angestellte der erwähnten Art fällt dabei wenig oder nichts ab. Man sah dies bei den „sieben fetten Jahren“ des letzten Jahrzehnts. Ausreichende Arbeitsgelegenheit war vorhanden, aber auch kein Mangel an Arbeitskräften; die Löhne stiegen nur in einzelnen Fällen, in anderen sanken sie, im ganzen blieben sie sich gleich. Die Herren Kapitalisten aber strichen märchenhafte Gewinne ein.

Dem Kapitalismus kann nur Zugeständnisse abtrotzen, wer sich organisiert und so wider ihn kämpft. Wer das nicht kann oder will, der wird eben ganz rücksichtslos ausgebeutet, gleichviel, welchen Bildungsgrad er hinter sich hat. Der Kapitalismus ist nicht so zart, vor akademischen Zeugnissen Halt zu machen. Er verwandelt die Gelehrten und Männer der Wissenschaft, wie es schon im kommunistischen Manifest klipp und klar ausgesprochen worden, in Lohnarbeiter, und dieses Schicksal bricht nunmehr mit der Unerbittlichkeit eines Naturereignisses über die Techniker usw. herein, soweit es nicht schon geschehen ist.

Tausend und abertausend Mal haben uns die bürgerlichen Nationalökonomien haarklein zu beweisen geglaubt, daß es mit der Proletarisierung der Massen nicht so rasch gehe, wie die sozialdemokratische Wissenschaft behauptet, daß Bürger, Bauern und jene mittleren Existenzen in den gemeinlichen und damit verwandten Schichten noch eine breite unerschütterliche Basis bilden, auf der die bürgerliche Gesellschaft sicher ruht. Alle diese Weisheit wird vollkommen ad absurdum geführt, wenn, wie so

oft geschieht, sich ein Reicherei erkönt, der verkündigt, daß der unerfährliche Moloch des Kapitalismus wieder eine Gesellschafts-schicht, die man bisher zu den Besitzenden gerechnet, proletarisiert hat.

Die Not der Zeit und die Macht der Tatsachen wird auch diesen Schichten die Ueberzeugung noch einpauken, daß die einzige Möglichkeit, eine bessere Zukunft zu erreichen, im Klassenkampf liegt. (Grundstein.)

Gerichtliches.

Hinterlegungswechsel in Lohnkämpfen. Mit den beliebten Solawechseln haben die Augsburger Schreinermeister Nasto erlitten. Sie hatten seinerzeit vereinbart, die Forderungen der Arbeiter abzulehnen, und um sicherzugehen, daß niemand aus der Reihe tanzte, wurde eine Konventionalstrafe in der Höhe von 50 Mark pro beschäftigten Arbeiter vereinbart, welche Summe von den beteiligten Meistern pro Solawechsel hinterlegt wurde. Inzwischen trat ein Meister von der Vereinbarung zurück. Entsprechend der Zahl der bei ihm beschäftigten Arbeiter wurde ihm nun der Solawechsel in der Höhe von 350 Mark zur Einlösung vorgelegt. Als er die Einlösung ablehnte, wurde das Gericht angerufen. Der Vertreter der Klagen-Meister machte geltend, daß von einer derartigen Vereinbarung zu jeder Zeit zurückgetreten werden könne, daß aber die bei dem Rücktritt geleistete Einzahlung verfallen wäre. Diese Einzahlung bestünde nun aus dem Solawechsel, der die Gültigkeit eines Wertpapiers besitze. Der Beklagte erklärte dagegen, daß der Wechsel kein Zahlungsmittel, sondern nur als ein Zahlungsvorprechen zu betrachten sei, weshalb auch nicht von einer bereits erfolgten Leistung gesprochen werden könne. Er bestritt ferner die Ansicht des Klägers, als handle es sich um eine Kaution, die verfallen sei. Denn die Kaution für eine zu erfolgende Leistung habe ihren Zweck verloren, sobald das Vorprechen, die Leistung zu erfüllen, zurückgezogen wurde. Den Einspruch des Klägers Anwalts, der § 152 der R.G.O. finde nur auf Arbeiter Anwendung, weil nur diese bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erstreben könnten, wies der Beklagte zurück. Der § 152 spreche nicht von „besseren“, sondern von „günstigeren“ Lohn- und Arbeitsbedingungen; wenn nur die Schreinermeister die Einführung einer kürzeren Arbeitszeit oder höheren Lohn verhindern könnten, so bedeute das für sie günstigere Arbeitsbedingungen. Der § 152 finde also unzweifelhaft auch auf Arbeitgeber Anwendung, und dieser Paragraph gebe jedem das Recht, von solchen Vereinbarungen zurückzutreten. Der Solawechsel verstoße daher gegen das Gesetz und die guten Sitten, weshalb er rechtsungültig sei. — Das Urteil lautete: Die Klage der Innungsmeister auf Einlösung des Wechsels im Betrage von 350 Mark wird kostenpflichtig abgewiesen. — In der Begründung des Urteils wurde hervorgehoben, daß diese Umwidmung gegen das Gesetz verstoße, und daß der Beklagte ohne rechtliche Folgen davon zurücktreten konnte. Ferner stellte sich das Gericht auf den Standpunkt, daß der betreffende Solawechsel nicht Zahlungsmittel, sondern die Kaution für eine Konventionalstrafe sei, die aber erst verfallen sollte; verfallen sei sie aber noch nicht, weil der Beklagte vorher von der Vereinbarung zurückgetreten sei.

Dies zur Notiz, wenn einzelne Unternehmer jammern, sie können die Forderungen nicht bewilligen, weil sie durch Wechselhinterlegung gebunden seien.

Eine vernünftige Begründung. Der Steinsehermeister Wenting in Münster (Westfalen) fand sich durch einen Artikel der Steinseherzeitung beleidigt. Angeklagt waren Gauleiter Genosse Wiese und Redakteur Knoll. Beide aber wurden freigesprochen und ist besonders die Begründung des Freispruchs sehr interessant. Es heißt darin: Das Gericht ist durch die eidlische Aussage der Zeugen zu der Ansicht gekommen, daß die in dem beanstandeten Artikel behaupteten Tatsachen auf Wahrheit beruhen. Der Angeklagte Wiese sei Beamter des Verbandes und daher berufen und verpflichtet, die Interessen der Mitglieder zu wahren. Der Verband bezwecke im allgemeinen Beförderung der Lebenslage seiner Mitglieder — das sei an und für sich nicht zu verwerfen —, und man könne es daher dem Angeklagten nicht verdenken, wenn er Front mache gegen Bestrebungen, die in un-lauterer Weise dies hindern. Wohl seien einige Ausdrücke in dem Artikel sehr scharf gefaßt, aber da sie mehr in objektiver als subjektiver Form abgefaßt seien, so könne man nach erfolgter Beweisaufnahme auch diese nicht unter Strafe stellen.

Dasselbe sei in bezug auf den Angeklagten Redakteur Knoll der Fall, indem das Organ, die Allgemeine Steinseherzeitung, zur Vertretung der Interessen der Mitglieder da sei und vor allen Dingen, für den Kreis der Berufscollegen bestimmt, alles zur Kenntnis zu bringen habe, was diese Berufsinteressen fördern wie schädigen könne, selbstverständlich in geschmackvoller Weise. — Aus allen diesen Gründen sei wie geschoben erkannt, und sind dem Kläger die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 24. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ferdinand Freiligrath. — Der amerikanische Arbeiter. Von R. Kautsch. (Schluß). — Die englischen Wahlen und die Arbeiterpartei. Von Th. Rothstein. — Die Aufständebewegung der Eten. Von Eduard Wils. — Marinepolitik. Von einem Seeoffizier. — Litterarische Rundschau: Max Freimann, Ueber den physiologischen Stumpfsein des Mannes. Von O. R. Franz Diederich, Die Hämmer dröhnen. Von Ernst Kreowski.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3.25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige.

Probenummern stehen jedermann zur Verfügung.

beschäftigen. Seit jeher hat es diese Klasse verstanden, aus der Haut des Volkes Riemen zu schneiden, erkleckliche Ueberflüsse aus den Früchten der Landwirtschaft herauszuschlagen, die ihnen gestatten, ein „Herrendasein“ zu führen. Nicht umsonst sitzen diese Herren in allen Verwaltungszweigen unseres Staatswesens; sie haben die Linke der Gesetzgebung in Händen und wissen sie in ihrem Interesse zu gebrauchen. Reichen z. B. die bisherigen Erträge zur Deckung ihrer luxuriösen Bedürfnisse nicht mehr aus, so brauchen sie nur mit lautem Geschrei ihre „Notlage“ zu verkünden, um die Regierung zu veranlassen, für schleunigste Abstellung derselben Sorge zu tragen. Gehörte in alten Zeiten ein gewisser persönlicher Mut dazu, die Volksausbeutung als angeborenes Recht zu betreiben, und wurden die Vorfahren unserer heutigen Junker mitamt ihrem, zu allen Schandthaten fähigen Demertrich, nicht selten mit blutigen Köpfen von den wohlhabenden reisenden Kaufleuten in ihre Burgen zurückgebrängt, gelangt unsern moderneren Raubrittern dank unserer kulturellen, zivilisierten Entwicklung, ihr verbrecherisches Handwerk, ohne einen Finger zu rühren, und zwar mit größerem und sicherem Erfolge. Heute wird der Tribut vom grünen Tische aus eingetrieben, mit Hilfe der Gesetzgebung und des mächtigsten und größten Bundesgenossen der Agrarier — des Hungers. Denn darin offenbart sich das Schmachliche am krafftesten, daß die Bedarfsmittel der großen Masse am höchsten besteuert sind. Beispielweise ruht auf einem Pfund Salz eine Steuer von sechs Pfennigen. Ziehen wir in Betracht, daß gerade die Armisten der Armen am meisten dieses Gewürz konsumieren, ja, viele, z. B. in den Webergentren, fast nur von Salz und Kartoffeln leben, so kommt uns das Ungerechte erst richtig zum Bewußtsein. Dieses Bewußtsein, das Erkennen unserer bedrückten Lage von uns fernzuhalten, ist die vornehmste Aufgabe der herrschenden Klassen. Mit dem Stumpfsein der Massen rechnend, beglückten sie das Volk mit der indirekten Besteuerung, dabei die Bedarfsmittel der Reichen mit verhältnismäßig wenig Abgaben belegend. Werden von den Agrariern die Korn- und Viehpreise in wucherischer Weise in die Höhe getrieben, sperrt die Regierung die Grenzen unseres „teuren“ Vaterlandes, damit nicht etwa das Ausland mit unsern Junkern in „unlauteren“ Wettbewerb tritt. Läßt sich jedoch eine Einfuhr aus dem Auslande nicht umgehen, so wird zum Besten des Junkers sowohl als zum Besten des Staats ein möglichst hoher Zoll auf die Einfuhr gelegt. Weide, Junfer und Saat, haben das größte Interesse, den Zoll so hoch wie möglich zu schrauben. Der Junker, weil er den Zoll zum Verkaufspreise seiner Produkte hinzuschlägt, der Staat, weil er einen Teil seiner Ausgaben von demselben zu decken hat.

Wir haben also gesehen, daß mit in erster Linie die Frau zur Unterhaltung des Staats beiträgt, sie führt ihm die Summen zu, welche durch ihre und ihres Mannes Arbeit im Schweize ihres Angesichts verdient sind. Die Mächte mußte sie wohl gar benutzen, um ihren Lebensbedürfnissen Rechnung tragen zu können. Wer mitleidet — der mitleidet. Männer wie Frauen haben ein Recht, den Verbleib ihrer sauer erworbenen Groschen zu kontrollieren; sie haben die Pflicht, für eine vernünftige, der Allgemeinheit zugute kommende Verwendung derselben Sorge zu tragen. Oder erweist sich diese Sorge als überflüssig? Werden die Einnahmen des Staates zu Kulturzwecken verausgabt? Nein — der Unkultur sind sie in ihrem überwindenden Maße gewidmet! Unter herrliches Kriegsbeer verflüchtigt jährlich über eine Milliarde Mark (tausend Millionen). Diese ungeheure Summe bringt zum größten Teil das Proletariat auf; stellen doch die Steuern der Reichen einen Teil des Mehrwerts der proletarischen Arbeit dar. — Wiederum ist es die Frau, welche das gleiche Interesse wie der Mann hat an der Verantwortung der Frage: „Wozu nach der Erlernung eines die friedliche Existenz einigermaßen sichernden Berufes — das Einpauken des Kriegsbandenrucks? Auch diese Frage wollen wir nicht unbeantwortet lassen: Zur Stillung des

Machtfigels einiger Mächtigen, in deren Händen die Geschicke ganzer Völker liegen. Und sind es nicht wiederum die Frauen, welche dem Staat ihre Söhne hergeben zur Erlernung und eventuellen Ausübung des Kriegshandwerks? Müßten sie nicht mit blutendem Herzen zusehen, wie der Erziehung zum Hohn, ihnen die Kinder entfremdet werden? Müßten sie nicht, nach einem Ausspruch unseres einflussreichsten Mannes im Staate, sich sogar vor die Möglichkeit gestellt sehen, im Eventualfalle von ihren eigenen Kindern ins Jenseits befördert zu werden? Und sie sollte die Politik nichts angehen? Sie sollten ohne jeden Einfluß auf unsre unhaltbaren Zustände sein? Nimmermehr!

Arbeitsmänner, weißt Eure Frauen in das Wesen des öffentlichen, des politischen Lebens ein. Ueberzeugt Eure Frauen von der Notwendigkeit Eurer Beteiligung an der Arbeiterbewegung, und sie werden sich nicht mehr aus Unkenntnis der Ursachen und Wirkungen des politischen Lebens Euren Bestrebungen widersetzen. Im Gegenteil, sie werden Euch mit Rat und Tat unterstützen, haben sie erst ihre Klassenlage erkannt. Ja, sie werden Euch anfeuern, Eure Pflicht zu tun, falls Ihr in der Erfüllung derselben erlahmen solltet. Es liegt also auch im Interesse des ehelichen Friedens, unsre Frauen aufzuklären, sie für unsre Ideen empfänglich zu machen. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn wir selbst unsern Wissenschaftsbereichern, indem wir uns dem Studium der Literatur widmen, welche die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joch des Kapitalismus auf ihr Titelblatt geschrieben hat. Sinaus mit den sogenannten unparteiischen Blättern! Auch laßt Eure Frauen nicht Genüge finden in der Schundliteratur, sondern laßt sie ihnen aus Euren Blättern vor. Wecht in ihnen das Interesse für unsre große, ideale Sache, und viel Ärger wird Euch beiderseits erspart bleiben, freudig werdet Ihr den Kampf führen in Gemeinschaft mit Euren Frauen. E. W.